Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199. Freitag, den 26. August 1910. 17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Aus eigener Kraft.

So übermütig könnte uns zumute werden wie den Franzosen in den Tagen, da, den dreifach geschlagenen Preußen zum bittern Hohn, Napoleon auf dem Felde von Jena eine Hasenhetze ansagte. Aber nicht nur den Hasen hetzen wir, wir schießen sie alle der Reihe nach, den konservativen Wolf — piff! paff!, den nationalliberalen Fuchs — bum! bum!, den fortschrittlichen Hasen — halli und hallo! In Zschopau-Marienberg gab es wieder ein fröhliches Knallen. Ein Exemplar des tückischsten reaktionären Raubzeugs liegt, aufs Blatt getroffen, auf der Strecke und auch der arme Meister Lampe der Fortschrittspartei streckt alle viere von sich. Wir aber stecken uns den grünen Busch an den Hut und laden von neuem. Wer kommt uns jetzt zu Schuß?

Daß wir den Kreis holen würden, haben wir bei aller Bescheidenheit gewußt. Auch daß es nicht mit Ach und Krach geschähe, daß uns aus der Elendswelt des Erzgebirges, in der der Hering an der Decke zu trockenen Kartoffeln kaum eine Legende ist, die Stimmen zufliegen würden, war uns bewußt. Aber daß der zwanzigste sächsische ein solches Resultat auf den Tisch schütten würde, um das nur zu ahnen, mußte man schon ein gewaltiger Optimist vor dem Herrn sein. Der Sozialdemokrat Göhre über 10 000 Stimmen Vorsprung vor dem nächsten hinterdrein keuchenden bürgerlichen Kandidaten — das ist ein Siegesbulletin, das sich sehen lassen kann! Ein Erfolg ist immer prachtvoller als der andere und es mag nicht nur so scheinen, als ob jeder Sieg die Parteigenossen des Wahlkreises, der dann an der Reihe ist, zum äußersten anspornte und beflügelte, nach noch höheren Kränzen zu greifen.

Was vielleicht erwähnenswert, wenn auch nicht besonders merkwürdig ist an diesem Wahlergebnis, das ist der klägliche Zusammenbruch des Antisemitismus, den es dokumentiert. In Sachsen, dem klassischen Lande des verkrachenden Kleinbürgertums, trieb dieses widerlichste Giftgewächs in der politischen Pflanzenwelt seine tropischsten Blüten. In den neunziger Jahren hallte das heisere Siegesgeschrei dieser deutschen Helden straßauf und straßab und in Dresden wurde die Deutsche Wacht gegründet, die ihre Laufbahn mit sieben Redakteuren begann und mit sieben Abonnenten 1905 beschloß. Zimmermann, der gerissene Führer der Reformpartei, wie sich die Antisemiten in Sachsen nannten, saß zuletzt, ein trauernder Hannibal, auf dem Trümmerhaufen all seiner Hoffnungen und es war nur ein magerer Trost, daß ihn Zschopau-Marienberg in dem hurrapatriotischen Taumel des Jahres 1907 in den Reichstag gesandt hatte. Jetzt ist Zimmermann tot, Zschopau-Marienberg hat die rote Fahne gehißt und die Antisemiten haben für ihren Kandidaten aus allen Ecken und Winkeln ganze 4630 Stimmen zusammengekratzt. Das Lied ist aus!

Aber in dem subalternen Giftmichel Fritzsche erhält nicht nur das antisemitische Grüppchen einen wuchtigen Schlag auf den Schädel, sondern die ganze konservative Sippe, die mit der Reichsfinanzreform des vergangenen Jahres wie eine Horde frecher Krippenreiter die deutschen Gaue durchzogen haben, raubend, plündernd und gerade die Hütten der Armut brandschatzend. Höhnend hatte die konservative Presse in den letzten Wochen des öfteren betont, daß bei fast allen Nachwahlen dieses Jahres nicht die Konservativen, sondern die Liberalen und Freisinnigen die Leidtragenden gewesen seien, und daran allerhand erbauliche Folgerungen und Mahnungen geknüpft. Nach Oletzko-Lyk-Johannisburg zeigt Zschopau-Marienberg diesen üblen Gäuchen, was sie vom Volksgericht der nächsten Reichstagswahlen zu erwarten haben, und manchem reaktionären Reichstagsabgeordneten wird es heute so kitzlich auf dem Kopfe sein, als säße sein Skalp nicht mehr recht fest.

Aber auch der Fortschrittspartei ist mit dieser Wahl das Zeugnis ausgestellt worden, daß sie nicht für fünf Pfennig Volksvertrauen mehr besitzt. Wie bieder und treuherzig hatte der Fortschritt seinen Kandidaten Landgerichtsrat Brodauf angepriesen, als „Sohn des Erzgebirges“, als „wahren Freund der Heimarbeiter“ und der Himmel weiß, als was noch sonst alles. Und wie niedrig wußte dieser Sohn des Erzgebirges dann den Kampf zu führen, wetteifernd mit den Soldknechten des Reichsverbandes in allem Schmutz, mit dem die Sozialdemokratie überhaupt zu bewerfen war. Aber es hat nichts genutzt. Kläglicher konnte der Ausgang schon nicht mehr gut sein. So rächen sich an dem Freisinn die Sünden seiner Blockzeit und alles, was er an mangelhafter Vertretung der Volksinteressen bei der Wahlreform wie der Finanzreform gefrevelt, das wird jetzt an ihm heimgesucht. In Epochen, da große Gegensätze zum Austrag kommen, zwischen Reaktion und Revolution stehen zu wollen, gottesfürchtig und fröhlich mitten drin, ist ein undankbarer Beruf, und auch an dieser Fortschrittspartei wird das Bibelwort Wahrheit: O daß du doch heiß wärest oder kalt! Da du aber lau bist, so will ich dich ausspeien aus meinem Munde.

So hat aus eigener Kraft ohne jede Unterstützung von bürgerlichen Hilfstruppen die Sozialdemokratie diesen prächtigen Erfolg davongetragen und ihre Werbekraft in den Volksmassen glänzend bewährt, die Partei des Volkes, die Partei der Revolution! Und dieses stolze: aus eigener Kraft! darf man doppelt unterstreichen in einer Epoche, da innerhalb der Sozialdemokratie die badischen kleinbürgerlichen Rebellen auftreten und vergessend, daß wir eine Klassenpartei sind und daß alle Politik ein Klassenkampf ist, in der Anbiederung an die bürgerliche Gesellschaft und den monarchischen Staat den Weg des Heils erblicken. Vielleicht bringt das Siegessignal von Zschopau-Marienberg auch ihnen die Erleuchtung, denn es zeigt, daß wir unsere alte revolutionäre Sturmfahne nicht mit bürgerlichen Troddeln und Großblock-Klunkern zu behängen brauchen, um den Sieg daran zu fesseln. Wenn aber mancher angesichts dieses neuen Sieges wieder mit Bangen an die Auseinandersetzungen zu Magdeburg denkt und meint, man müsse um der Reichstagswahlen des nächsten Jahres vermitteln, verkleistern und vertuschen, so gilt es doch ganz kühl auszusprechen, daß wir auch an solchen Freudentagen den Parlamentarismus nicht überschätzen. Und wir müßten bis an das Kinn im Sumpf des parlamentarischen Kretinismus drinstecken, wenn wir um der Mandate willen nicht sagten, was gesagt werden muß, und dort nicht reinen Tisch machten, wo reinen Tisch zu machen eine Notwendigkeit ist. Lieber alle Mandate verlieren als nur ein Tüttelchen unserer Prinzipien oder einen Buchstaben unseres Programms preisgeben!

Aber zum Schwarzsehen ist wahrhaftig nicht die Zeit. Es geht vorwärts mit dem Sozialismus, unaufhaltsam, im Sturmschritt und Sachsen hat mit diesem Wahlausfall dargetan, daß es 1911 wieder das rote Königreich sein wird. Aber ein rotes Sachsen genügt uns nicht, wir wollen 1911 ein rotes Deutschland!

Positive Arbeit der Internationale.

Auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen werden in wenigen Tagen die Delegierten von Millionen kraftvoll organisierten Proletariern zu ernsten Beratungen zusammentreten. Wenn in den Verhandlungen der Blick der Versammelten zurückschweift auf die Geschichte der internationalen proletarischen Bewegung, dann hebt sich aus dem Wirbel der Entwicklung, der die heutigen Organisationen erstehen ließ, unwillkürlich das Jahr 1870 heraus, das in mehr als einer Hinsicht für die Arbeiterbewegung bedeutsam war. Gerade vierzig Jahre vor dem Beginn der Kopenhagener Tagung war eben der Kanonendonner jener furchtbaren Schlachten um Metz verhallt, die das Geschick des französischen Kaiserthrones entschieden und die, sonderbar genug, auch die von Napoleon giftig verfolgten internationalen Bestrebungen der Arbeiterschaft beeinträchtigen sollten. Am Ende der Sechzigerjahre hatte die Internationale Arbeiterassoziation ihre höchste Macht erreicht und ihr Ansehen war derart erstarkt, daß das damals bedeutendste Blatt in England, die „Times“, meinte, man müsse „bis auf die Zeiten der Entstehung des Christentums und der Verjüngung der antiken Welt durch die germanischen Völker zurückgehen, um etwas Analoges zu finden wie diese Arbeiterbewegung, welche der modernen Zivilisation einen ähnlichen Dienst zu leisten scheine, wie jener war, den die nordischen Barbaren der alten Welt geleistet“. Namentlich in Frankreich war es zu zahlreichen Arbeiterausständen gekommen, für welche die um ihren Bestand kämpfende kaiserliche Regierung die Internationale verantwortlich machte. In einem aufsehenerregenden Geheimbundsprozeß erhielten sieben Angeklagte je ein Jahr und siebenundzwanzig Angeklagte je zwei Monate Gefängnis. Als dann der wankende Kaiserthron durch das Plebiszit vom 8. Mai 1870 neu gefestigt werden sollte, ließ der Pariser Polizeipräfekt Pietri in allen Städten Frankreichs die Mitglieder der Internationale verhaften. Aus Anlaß dieser Verfolgungen gab der Generalrat bekannt, daß der nach Paris einberufene Internationale Kongreß auf den 5. September nach Mainz verlegt werde; selbstverständlich war nach dem Ausbruch des Krieges an die Abhaltung nicht zu denken. Ein Aufruf der Internationale hatte diesen Krieg eine verbrecherische Narrheit genannt; die Pariser Arbeiter demonstrierten gegen das Kaisertum, und am 16. Juli, als der Ausbruch des Gewitters feststand, nahm eine in der Tonhalle zu Braunschweig abgehaltene Massenversammlung eine Resolution an, die sich gegen Napoleon und die Mehrheit der französischen Kammer richtete und für Deutschland den Verteidigungskrieg als unvermeidliches Übel anerkannte. Bekannt ist, wie dann bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe im Reichstag die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten sich teilten, wie nach Sedan das gegen die Fortsetzung des Krieges gerichtete Manifest des Braunschweiger Ausschusses erschien und wie der Gouverneur der Küstenlande, General Vogel v. Falkenstein, die Unterzeichner des Ausschusses und mehrere andere Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Ketten nach der ostpreußischen Festung Boyen bei Lötzen abführen ließ. Das einzige schwarze Blatt in der Geschichte des Krieges nannte später ein bürgerlicher Reichstagsabgeordneter diese für das preußische System so blamable Gewalttat. Harte Zeiten der Unterdrückung folgten dann in allen Ländern, doch ist der nach einer kurzen Zeit des Glanzes erfolgte Untergang der Internationale weniger dem Racheseldzug der Reaktionäre als den inneren Streitigkeiten zwischen der marxistischen und der anarchistischen Richtung zuzuschreiben.

Aber noch hatte die Internationale reale Aufgaben zu erfüllen. Die 1871 in London abgehaltene Delegiertenkonferenz der Internationale ordnete eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse an und beauftragte alle Lokalgruppen mit der Ernennung besonder statistischer Komitees. „Die Wirksamkeit des Generalrates der Internationale als internationaler Vermittler zwischen den nationalen Gewerkschaften,“ so heißt es in einem anderen zu London gefaßten Beschluß, „hängt wesentlich von dem Beistand ab, den diese Gesellschaften selbst dem von den Internationalen unternommenen Werke einer allgemeinen Arbeiterstatistik angedeihen lassen.“ Der Kongreß im Haag 1872, auf dem ja auch die Kämpfe mit der anarchisteinden Jura-Gruppe große Bedeutung erlangten, sprach sich eingehend für die Gründung „Internationaler Gewerkschaftsunionen“ aus; und der Generalrat, der seinen Sitz nach Neuyork verlegt hatte, unterbreitete den verschiedenen Gewerkschaften aller Länder den Plan einer Organisation, in dem es heißt: „1. Alle Vereinigungen eines Gewerkes in einem Lande verbinden sich, um einen Exekutivausschuß für ihr Land zu wählen. 2. Diese Exekutivausschüsse sollen in fortwährender Verbindung mit anderen Ländern durch die Vermittlung eines allgemeinen Vollziehungsrates stehen, um stets genau unterrichtet zu sein über den Stand der Gewerke, und unter die Kontrolle der Exekutivausschüsse gestellt werden, um in Not befindliche Mitglieder der Union in irgend einem Lande zu unterstützen usw.“ Alle diese Beschlüsse lagen in der Konsequenz der bereits zu Basel 1869 gefaßten Resolution, wonach die internationalen Verbände der Gewerkschaften oder Gewerkschaftsgenossenschaften, wie sie damals hießen, beauftragt werden sollten, „alles ihren Industriezweig Betreffende zu sammeln, die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln zu beraten und auf die Durchführung und das Gelingen derselben hinzuarbeiten, bis das heutige Lohnsystem durch die Assoziation der freien Arbeit verdrängt ist“.

Es braucht hier nicht betont zu werden, daß die Durchführung dieser weitausschauenden Pläne an der Rückständigkeit der damaligen Entwickelung scheiterten. Aber dadurch, daß Marx, der geistige Leiter der Internationale, Jahrzehnte mit scharfem Blicke überflog und sich durch die engen Verhältnisse der damaligen Gegenwart nicht beirren ließ, wird das Wirken der weltumspannenden Organisation nicht im geringsten verkleinert. Der von den Internationalen gestreute Samen fiel vor allem in Deutschland auf fruchtbaren Boden; und staunen muß man, wenn man liest, wie der „Volksstaat“, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, damals die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu würdigen wußte. „Es handelt sich,“ so schrieb er zu Anfang 1873, „bei der Gewerkschaftsgenossenschaft nicht um trügerische Phrasen, sondern sie sind eine feste Ringmauer und ein Wall der Verteidigung gegen noch weitere Verschlechterungen und Entwürdigungen des Arbeiterstandes. Diese Aufgabe haben sie nicht nur zu allernächst zu erfüllen, sondern sie können auch den Lohn wenigstens auf die Höhe hinaufschrauben, durch welche es möglich wird, die Bedürfnisse zu erweitern und zu vergrößern, und da sich der Lohn nach den gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen, nach dem ehernen Lohngesetz richtet, so kann nichts näher liegen, als die gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse zu erweitern. Durch die Erweiterung der Bedürfnisse arbeitet man nicht nur dem Hungertyphus entgegen, sondern der Arbeiter lernt auch die Nützlichkeit der kurzen Arbeitszeit schätzen. Er gibt der Arbeitskraft nicht nur einen höheren Wert, vielmehr schützt er sich vor Überproduktion und Handelskrisen, er vermehrt damit seine sozialpolitische und ökonomische Bildung und wird dem Familienleben nicht entfremdet, sondern demselben näher

geführt. Die Gewerkschaften sorgen endlich für die furchtbarsten Waffen in den Händen des Proletariats, für die Statistik und Massendisziplin, welche, gestützt durch die politische Agitation, das Reich der Bourgeoiswelt in seinen Fugen erschüttern und die neue Gesellschaft aus der Taufe heben werden. Der Sinn, welcher durch die Gewerkschaften für die genossenschaftliche Arbeit geweckt wird, ist von nicht minder großer Tragweite."

Während die Sozialdemokratie damals so das praktische Wirken für die Zukunft betonte, heimste die Bourgeoisie raffgierig den Millionensegen des Krieges ein und sah schmunzelnd zu, wie das Bismärckische Regiment im neu geeinten Deutschland die am Werke der wirtschaftlichen und politischen Befreiung schaffende Arbeiterschaft mit allen Mitteln brutaler Gewalt unterdrückte. Das war ehedem wie heute. Nur wirkte die Unterdrückungspolitik ganz anders, als die Urheber es sich dachten; und sieghaft schritt der Gedanke der internationalen Solidarität fort und schreitet er dem Ziele der Befreiung des arbeitenden Volkes entgegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wahlsieg in Zschopau-Marienberg.

Aus der Berliner Presse geben wir nachstehend eine Anzahl Preßstimmen über den Wahlausfall wieder.

Die „Berliner Morgenpost" schreibt:

„Die konservativ-klerikale Reaktion bekommt somit den Zorn des Volkes für ihr Treiben immer aufs neue zu spüren, und ob der vielen Denkzettel mag es ihr wohl grauen, wenn sie an die nächste allgemeine Wahl denkt."

In einem langen Artikel befaßt sich der „Berliner Lokal-Anzeiger" mit dem Wahlausfall und konstatiert:

„Weit eklatanter als die Enttäuschung der Liberalen ist der totale Zusammenbruch der antisemitischen Partei in dem Wahlkreis, den zuletzt einer ihrer begabteren Führer vertreten hatte. An dieser Niederlage sind auch die Konservativen und der Bund der Landwirte beteiligt. Man hatte allenfalls mit einer Stichwahl gerechnet, aber daß dieser Wahlkreis von den Sozialdemokraten gleich im ersten Ansturm erobert würde, noch dazu mit einer so gewaltigen Stimmenmehrheit, das wird vielen doch überraschend gekommen sein."

Der „Lokal-Anzeiger" richtet dann die Mahnung an die bürgerlichen Parteien, endlich die Streitaxt zu begraben, um bei den nächsten Wahlen geschlossen kämpfen zu können.

Das „Berliner Tageblatt" sucht sich zunächst über den Durchfall des liberalen Kandidaten zu trösten. Es sei immerhin schon ein Fortschritt gegen früher zu verzeichnen, da die Liberalen früher garnicht selbständig vorgegangen, sondern gleich den Antisemiten unterstützt hätten. In der politischen Würdigung des Wahlresultats kommt das „Berliner Tageblatt" zu folgendem Schluß:

„Vielleicht ist sogar die größte Gefahr der heutigen Situation nicht sowohl darin zu erblicken, daß die Sozialdemokratie Fortschritte macht, als vielmehr darin, daß der Widerstand der bürgerlichen Parteien immer schwächer wird. Der Kronprinz hat in Königsberg über Verdrossenheit und unfruchtbare Kritik geklagt. Aber sämtliche Hochschullehrer der preußischen Monarchie mögen mit feurigen Zungen den Optimismus verkünden: die Wähler glauben ihnen einfach nicht. Diese Verdrossenheit läßt sich überhaupt nicht aus der Welt hinausreden. Sie läßt sich nur durch positive Maßnahmen, durch welche die Ursachen der Verdrossenheit beseitigt werden, bekämpfen."

Zum Schluß freut sich das „Berliner Tageblatt" darüber, daß Göhre „Revisionist" sei. Es verlangt, „daß die Revisionisten nun endlich aus ihrer Reserve heraustreten" und auf dem Magdeburger Parteitag für ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus wirken.

Die Freude über den „Revisionismus" des Genossen Göhre ist überhaupt bei den meisten Blättern der einzige Trost, der ihnen noch geblieben.

Die „Post" und die „Deutsche Tageszeitung" widmen dem Wahlausfall Leitartikel. Die „Post" schließt ihren Artikel mit dieser Perspektive:

„Das ganze Ergebnis aber kann den Ausblick in die Zukunft nur noch verdüstern. Im bürgerlichen Lager bekämpfen die Rechte und die Linke sich aufs erbittertste nach wie vor. Hansabund und Bund der Landwirte haben die Streitaxt noch nicht begraben. Irgend eine Tat der Regierung, die die streitenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit aufrütteln könnte, steht nicht bevor. Wenn sich so unsere Verhältnisse weiter entwickeln, dürften wir bei der nächsten Reichstagswahl ein Wachstum der Sozialdemokratie erleben, wie nie zuvor. Das müssen sich alle diejenigen gesagt sein lassen, die es heute noch für erlaubt halten, mit kleinlichem Streit sich zu befehden, anstatt gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind Front zu machen."

Die „Deutsche Tageszeitung" versichert, sie sei nicht überrascht von dem Wahlergebnis. Trotzdem aber gäbe sie zu, daß sie einen so starken Rückgang der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen und ein so starkes Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Wähler nicht erwartet hätte. Zum eigenen Trost und zum Troste ihrer Anhänger sucht sie dann das Resultat auf die Steuerhetze, auf die schlechte Schulung der Wähler, auf den Mangel an Organisation usw. zurückzuführen. Aber immer wieder bricht die Erkenntnis durch, daß die Wahl doch eine geradezu vernichtende Niederlage der Bürgerlichen ist:

„Gleichwohl ist das gestrige Ergebnis überaus betrübend und beschämend. Das muß zugestanden werden. Man mag noch so viel Erklärungsgründe anführen, man mag beispielsweise darauf hinweisen, daß der sozialdemokratische Kandidat sehr gemäßigt auftrat und das Endziel der Partei verhüllte: die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen um mehr als 2500, die Abnahme der bürgerlichen Stimmen um fast 5000 ist eine überaus ernste Mahnung an alle bürgerlichen Parteien, auch an unsere Freunde. Ob das Ergebnis erheblich anders geworden wäre, wenn man sich von vornherein auf einen Kandidaten geeinigt hätte, möchten wir bezweifeln . . . Das Törichtste wäre, wenn man nun kleinmütig verzweifeln und die Hände in den Schoß legen wollte. Das Wahlergebnis muß vielmehr dazu mahnen, zu arbeiten und immer wieder zu arbeiten und nicht zu verzweifeln. Diese Arbeit wird aber nicht den gewünschten Erfolg haben, wenn nicht die maßgebenden Stellen mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln der roten Flut wehren. . . ."

Der „Reichsbote" verlangt, daß die Liberalen die Konservativen unterstützen. Solange Nationalliberale und Freisinnige den Kampf gegen die Konservativen weiter führten, würde die Sozialdemokratie immer siegen.

Endlich bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten":

„An dem Endresultat war bei der Stimmung in der zerspaltenen bürgerlichen Wählerschaft schwerlich etwas zu ändern. Und die Lehre? Die haben die vorausgegangenen Reichstagsnachwahlen so nachdrücklich gepredigt, daß das Bürgertum nun endlich hätte zur klaren Beurteilung der Werte, die auf dem Spiele stehen, kommen können. Statt dessen war in Zschopau-Marienberg die Zerfahrenheit größer denn je, und eine ausgebaute feste Organisation stand keiner der bürgerlichen Parteien zur Seite . . . . Das erste der von den Bürgerlichen genommenen zwölf sächsischen Mandate befindet sich wieder in sozialdemokratischen Händen . . . ."

Die Kronprinzenrede in Königsberg

wird von der alldeutschen Presse zum chauvinistischen Pronunziamento gegen die herrschende auswärtige Politik und gegen den Kaiser selbst aufgebauscht. Die „Hamb. Nachr." schreiben über den Passus gegen die „internationalisierenden Bestrebungen":

„Ist dieser Passus vom Telegraphen genau und im Zusammenhang richtig wiedergegeben, so liegt darin eine Kundgebung des deutschen Thronerben für Auffassungen, die der jetzigen Regierungspolitik mit ihren internationalisierenden Ausgleichs- und Versöhnungstendenzen diametral zuwiderlaufen. Wir würden uns freuen, wenn das der Fall wäre, und eine immerhin nicht zu unterschätzende Bürgschaft für die Zukunft darin erblicken. Zunächst bleibt abzuwarten, ob das Referat über die Rede irgendwie berichtigt wird, und, wenn nicht, wie sich Kaiser und Regierung zu diesem Pronunziamento des Kronprinzen stellen werden."

Der Kronprinz wird ganz erstaunt sein, daß er eine so bedeutungsvolle politische Rede in Königsberg gehalten hat.

Liberale Eifersüchteleien.

Die „Kölnische Zeitung" entrüstet sich aus Anlaß der Aufstellung eines fortschrittlichen Kandidaten in Randow-Greifenhagen darüber, daß die Fortschrittliche Volkspartei an vielen Orten es so eilig habe, Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufzustellen. Es seien schon böse Irrungen vorgekommen, die der Zusammenarbeit der Liberalen verhängnisvoll werden müßten, wenn nicht die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei Abhilfe schaffe. Wenn es sich darum handle, einen Wahlkreis für die Liberalen zu erobern, so soll erst dessen wirtschaftliche Struktur, die parteipolitischen Verhältnisse und die Stärke der liberalen Organisation berücksichtigt werden. In städtischen Bezirken, wo es gelte, den Sozialdemokraten das Mandat abzunehmen, sollen die Fortschrittler kandidieren, weil man dadurch am ersten bürgerliche Mitläufer der Sozialdemokratie an sich zu ziehen hofft. Das gelte besonders für Ostdeutschland. In Westdeutschland, wenn man die Konservativen bekämpfen wolle, sei die Fortschrittliche Partei in Zoll- und Agrarfragen nicht zuverlässig genug. Dort soll man gemäßigte liberale Kandidaten aufstellen. Die „Kölnische Zeitung" richtet zum Schluß die Mahnung an die Fortschrittlichen Organisationen, nicht vom Kirchturmsstandpunkt einer öden Mandats- und Wahlkreispolitik vorschnell mit Kandidaturen auf dem Plan zu erscheinen, sondern gemeinsam mit den Nationalliberalen ihren Liberalismus zu betätigen.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Rückständigkeit der Erfurter Handelskammer

kommt auch in ihrem diesjährigen, kürzlich erschienenen Jahresbericht für 1909 recht scharf zum Ausdruck. Über die Lage des deutschen Außenhandels heißt es z. B.: „Ringsum bauen sich Zollschranken auf. Ein Land nach dem andern, das früher günstige Absatzgelegenheiten bot, erhöht seine Zolltarife, und der deutschen Regierung gelingt es leider nicht immer, durch Einspruch oder Abmachungen das Interesse der deutschen Industrie genügend zu wahren."

Gegen diese naturgemäße Wirkung der deutschen Schutzzollpolitik weiß der Bericht der Erfurter Handelskammer nur ein Heilmittel: weitere Zollrepressalien Deutschlands gegen die in der Abwehr sich befindenden Staaten.

Bei Besprechung der innerpolitischen Gesetzgebung seufzt der Bericht darüber, daß „dem Handel und der Industrie Lasten über Lasten aufgebürdet und ihre Bewegungsfreiheit durch fortwährende Reglementierung und Bewunderung eingeschränkt" werde. Die Feindschaft gegen jeden Fortschritt in der Sozialgesetzgebung macht sich in folgender Ausführung Luft: „Der deutsche Reichstag macht in seiner sozialpolitischen Arbeitsfreudigkeit bereits Zugeständnisse, welche die schwersten Bedenken hervorrufen müssen. Die Kalikommission arbeitet so nebenbei in ein wirtschaftliches Gesetz über Lohnhöhe, Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen, Überweisung eines Teiles des Reingewinns an die Arbeiter hinein und die Hausarbeitskommission beschließt die Errichtung von Lohnämtern für die Hausindustrie und die Einführung rechtsverbindlicher Festsetzung von Mindestlöhnen."

Mit Befriedigung wird davon Kenntnis genommen, daß die Regierung selbst Gegnerin dieser Arbeiterschutzbestimmungen gewesen ist und daß diese Bedenken künftig auch in ihren Vorlagen zum Ausdruck kommen. Dann aber heißt es weiter: „Inzwischen müssen die gewerbetreibenden Stände selbst dafür sorgen, daß ihre Interessen in der Gesetzgebung den ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß gewinnen. In dieser Hinsicht haben, wir die im Berichtsjahr erfolgte Gründung des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie lebhaft begrüßt und verfolgen und fördern seine Tätigkeit mit großer Sympathie."

Der offizielle Bericht der Erfurter Handelskammer nimmt also ohne weiteres als feststehend an, daß der Hansabund die Scharfmacherei gegen die Sozialpolitik als seine Hauptaufgabe betrachtet. Zur Klärung der politischen Lage bei den kommenden Reichstagswahlen ist diese Feststellung nicht ohne Interesse.

Der „Spahn" im Fleische des Zentrums.

Unter diesem Titel bringt der ultramontane „Bayrische Kurier" einen heftigen Artikel gegen die Kandidatur des Professor Dr. Spahn jun. im Wahlkreise Warburg. Der mandatslüsterne junge Spahn, heißt es darin, sei nicht nur ein Vielschreiber, sondern auch ein „Ober-Borusse", der sich schon in verschiedenen Wahlkreisen als Kandidat angeboten habe. Bisher sei das freilich vergebens gewesen, denn in jedem Wahlkreiskomitee sei wenigstens immer ein Mann gewesen, der Herrn Spahn kenne und der auf die Wahrung der Grundsätze des Zentrums nach der Seite der politischen Freiheit etwas gebe. Nur in Warburg, wo Spahn auf Empfehlung des Abg. Trimborn aufgestellt wurde, scheine der Zentrums-Homer zu schlafen. Spahn habe sich über das preußische Landtagswahlrecht so eindeutig geäußert — „ganz entgegen der ererbten Grundauffassung des Zentrums" — daß er trotz seiner nachträglichen Erklärungen nicht ins Zentrum gehöre. Wenn man ihn in anderen Dingen unter der Lupe nehme, ließe sich schon ein Kompromiß mit ihm finden. Aber in der Wahlrechtsfrage dürfe es für die Zentrumspartei kein Kompromiß geben, sonst gebe sich die Partei selber auf. Die oberste Parteileitung in der Reichstagsfraktion wisse wohl nicht, wie das Volk derartiges aufnehme, sonst hätte sie gegen die Kandidatur Spahn sofort Stellung nehmen müssen. In Bayern müsse man jedenfalls erklären, daß eine solche Vermischung des Zentrums mit rückständigen Elementen auf die Verhältnisse in Bayern nicht ohne Einfluß bleiben werde. — Der „Bayrische Kurier" sagt, der Artikel sei ihm „von befreundeter Seite" zugegangen. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß diese „befreundete Seite" der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Heim ist, der ja zum „Bayrischen Kurier" in besonders engen Beziehungen steht.

Strafantrag gegen den antisemitischen Abgeordneten Köhler

hat der hessische Automobilklub gestellt. Köhler hatte bekanntlich den Bauern den Rat gegeben, auf dahinsausende Automobile mit dem Revolver zu schießen. In der Begründung wird ausgeführt, daß es einem gewählten Vertreter des Volkes schlecht anstehe, seine eigenen Wähler und Gesinnungsgenossen zu Gewalttätigkeiten und Begehung strafbarer Handlungen aufzureizen. Darin zeige sich eine Verachtung und demonstrative Verhöhnung der Gesetze des Staates und des in ihnen ausgesprochenen Willens der Staatsgewalt. Ein derartiges Unterfangen sei auch gemeingefährlich.

Vom Kriege gegen die Ortskrankenkassen.

Die in der Reichstagskommission angezettelte und in der Presse, namentlich der des Zentrums, fortgesetzte Hetze gegen die Ortskrankenkassen und deren Tarifgemeinschaft mit den Kassenbeamten hat jetzt einen ersten Erfolg gezeitigt. Das Reichsamt des Innern hat an die zuständigen Ministerien der Bundesstaaten das bekannte Urteil des Oberverwaltungsgerichts gesandt mit dem Anheimgeben, in geeigneter Weise gegen die Kassen und den Tarifvertrag vorzugehen. Der Wink ist auch überall verstanden worden. Die Ministerien haben die unteren Aufsichtsbehörden angewiesen, auf Grund des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes die sämtlichen seit der letzten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz abeschlossenen Dienstverträge von den Kassen einzufordern. Die Kassen sind auf Grund dieser Bestimmung tatsächlich verpflichtet, dem Verlangen nachzukommen.

Was die Regierung mit ihrem Vorgehen beabsichtigt, geht aus einer weiteren Verfügung hervor, die in Forst i. L. bereits angewendet wurde. Hier hat die Aufsichtsbehörde nach Kenntnisnahme von den Dienstverträgen diese beanstandet, für nichtig erklärt und den Abschluß anderer Verträge angeordnet. Damit hat die Behörde weit übers Ziel geschossen, denn nur durch Urteil des ordentlichen Zivilgerichts, nicht aber auf dem Verwaltungswege, können Verträge für nichtig erklärt werden. Das Zentralamt der Tarifgemeinschaft der Ortskrankenkassen bereitet eine Änderung des Vertrages vor, die sich den Beschlüssen der Reichstagskommission und den geäußerten juristischen Bedenken anpaßt. Dieser so geänderte Vertrag soll dann überall an Stelle des jetzigen treten. Hierdurch wird wohl am besten die Verdächtigung widerlegt, die Stellungen in den Krankenkassen seien „lebenslängliche Versorgungen sozialdemokratischer Agitatoren." Der ganze Vorgang beweist übrigens, mit welchen Mitteln die Regierung in der Reichstagskommission bei Beratung der Reichsversicherungsordnung arbeitet. Pathetisch hatte der Regierungsvertreter in der Kommission erklärt, der Aufsichtsbehörde müssen Mittel an die Hand gegeben werden, um dem parteipolitischen Mißbrauch der Kassen zu steuern; das heutige Gesetz biete leider keine Handhabe, die sozialdemokratischen Kassenvorstände an dem Abschluß unsittlicher Verträge zu verhindern. Die Regierung weiß aber ganz genau, daß der § 45 in vollstem Umfange die Handhabe bietet, alle etwaigen Ungesetzlichkeiten der Kassenorgane, also auch ungesetzliche Anstellungsverträge, zu inhibieren. Wenn die Regierung, und mit ihr Zentrum und Konservative, nach einer Erweiterung der aufsichtsbehördlichen Befugnisse rufen und sich dabei auf den angeblich nichtigen Anstellungsvertrag der Tarifgemeinschaft beziehen, so liegt ihnen weniger an der Verhinderung von Mißbräuchen, als an der Beseitigung der Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter. Darauf muß die Öffentlichkeit immer wieder hingewiesen werden.

Schlamperei.

Die preußischen Landräte sind die geplagtesten Geschöpfe der Welt. Sie haben nicht nur die Geschäfte der Regierung in allen Ecken und Winkeln zu besorgen, sondern nebenbei auch noch Agitation für die konservativen Parteien zu betreiben. Da sie letzteres durchaus gewissenhaft machen, ist es leicht erklärlich, daß sie da, wo es auf ihre Tätigkeit als Staatsbeamte ankommt, so manches

übersehen. Das passierte auch dem Landrat des Kreises Ost-Priegnitz. Ihm war es vollständig unbekannt geblieben, daß in einer Gemeinde seines Kreises drei Jahre lang ein Gemeindevorsteher nicht vorhanden war. Die Wahl des Gemeindevorstehers mußte nämlich bereits vor etwa drei Jahren vorgenommen werden, da die Amtsperiode des bisherigen Gemeindevorstehers zu diesem Zeitpunkte abgelaufen war. Das Dorfoberhaupt unterließ es aber, wie der „Courier für die Priegnitz" erzählt, die erforderlichen Schritte für eine Neuwahl einzuleiten, und schickte kurzerhand die ausgefertigten Papiere an den Landrat, daß die Wahl wieder auf seine Person gefallen sei. Vor einigen Tagen fragte ein Bewohner des Ortes beim Landrat an, warum denn eigentlich nicht eine Neuwahl des Gemeindevorstehers vorgenommen wurde, und so kam denn die Angelegenheit an das Tageslicht. — Gegenüber den Mitteilungen des in Prigwalk erscheinenden Blattes erklärt nun der Landrat: Die Wahlzeit des Gemeindevorstehers in B. sei allerdings vor drei Jahren abgelaufen, man habe aber damals irrtümlicherweise eine Neuwahl nicht angeordnet. Dagegen sei es unrichtig, daß der Gemeindevorsteher dem Landrat von einer erfolgten Neuwahl Mitteilung gemacht habe. Was geschieht nun mit den Amtshandlungen, die der ehemalige Gemeindevorsteher während der letzten drei Jahre rechtswidrig unter Aufsicht des Landrats vorgenommen hat?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 26. August.

Achtung, Stukkateure! Über das Geschäft von Friedr Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonniebauten in Rückenitz sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Berlis, Ecke Rotlöscherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Das Parteisekretariat (Johannisstraße 50) ist von heute ab bis Montag, den 5. September nur von ½7 bis ½9 Uhr abends geöffnet. Die Parteigenossen wollen dies beachten.

Die „Schlüsselgewalt" der Ehefrau. Nach dem § 1357 des BGB. ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Nach dem § 1356 des BGB. ist die Frau berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Um ihr nun die Durchführung dieser Aufgabe zu ermöglichen, gewährt ihr der § 1357 im Anschluß an die bisherigen deutschen Partikularrechte die sogenannte Schlüsselgewalt. Was gehört nun alles zum häuslichen Wirkungskreise der Frau? In diesen Wirkungskreis fallen zunächst alle regelmäßig für die Führung des gemeinschaftlichen Haushalts im gewöhnlichen Laufe der Dinge erforderlichen Geschäfte. Es gehört zum Beispiel regelmäßig auch die Anschaffung der Kleidungsstücke, die für die Frau und die gemeinschaftlichen in der häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Kinder erforderlich sind, dazu. Auch die auf die Erziehung und den Unterricht der Kinder sich beziehenden Geschäfte wird man hierzu zählen müssen. Das Mieten einer Wohnung wird regelmäßig nicht zu dem häuslichen Wirkungskreise der Frau zu rechnen sein. Gleiches gilt von der Anschaffung des Mobiliars und des Hausrats; dagegen wird die Anschaffung einzelner Stücke, insbesondere die Ergänzung für abgenutzte Stücke, in den Wirkungskreis der Frau fallen. Nur auf solche Geschäfte, die nach Maßgabe dieser Lebensstellung zu dem häuslichen Wirkungskreise der Frau gehören, bezieht sich ihr Recht. Hiernach kann dasselbe Geschäft, z. B. die Anschaffung von kostbaren Kleidungsstücken, bei einer wohlhabenden Familie zu dem häuslichen Wirkungskreise der Frau gehören, während es für die Frau eines unbemittelten Arbeiters nicht dazu gehört. Dem Dritten gegenüber kommt es nicht darauf an, ob das Geschäft im einzelnen Falle wirklich erforderlich war, sondern nur darauf, ob es innerhalb des durch die sozialen Verhältnisse, in denen die Ehegatten leben, begrenzten Kreises liegt. Für die Frage, ob ein Geschäft innerhalb des häuslichen Wirkungskreises der Frau liegt, kommt ferner in Betracht, ob die Ehegatten wirklich in häuslicher Gemeinschaft leben. Leben sie getrennt, so fällt damit auch regelmäßig das fragliche Recht der Frau weg; jedoch kommt es auch hier auf die Umstände des einzelnen Falles an.

Leben die Ehegatten getrennt, so kann die Frau beantragen, daß das Gericht durch einstweilige Verfügung die gegenseitige Unterhaltungspflicht regelt, ihr nebst Kindern also bis zur Erledigung der Klage entsprechende Unterhaltungsbeiträge zugesprochen werden. Daraufhin kann sogar Lohnpfändung erfolgen.

Die Frau hat auch das Recht, für die Ausübung der Schlüsselgewalt und Besorgung der erforderlichen Geschäfte einen Vorschuß von dem Manne zu fordern. Die Gewährung resp. Forderung eines solchen Vorschusses dürfte unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen bei den Arbeiterfamilien wohl meistens auf der Tagesordnung stehen. Hinzugefügt soll deshalb noch werden, daß, wenn der Mann der Frau Geld vorschußweise für die fraglichen Geschäfte gegeben hat, er über die Verwendung des Geldes auch Rechenschaft fordern kann. Würde die Frau dann das Geld für andere Zwecke verwandt haben, so wäre sie dem Manne zum Ersatze verpflichtet. Diese Bestimmung kommt natürlich nur da in Betracht, wo die Frau über eigenes Vermögen verfügt.

Da dem Manne nach § 1354 des BGB. in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten die Entscheidung zusteht, so kann er nach dem § 1357 die Schlüsselgewalt der Frau auch beschränken oder ausschließen. Dies geschieht durch Eintragung in das Güterrechtsregister. Zeitungsinserate, z. B.: „Ich warne jedermann, meiner Frau etwas zu borgen", entbinden den Mann nicht von der Verpflichtung, für die von der Frau innerhalb des häuslichen Wirkungskreises gemachten Einkäufe Zahlung zu leisten. Hierfür ist nur Beschränkung oder Ausschluß der Schlüsselgewalt durch das Gericht maßgebend. Die Eintragung einer Beschränkung der Schlüsselgewalt unterscheidet sich von allen Eintragungen dadurch, daß sie nicht das Güterrecht der Eheleute als solches, sondern nur deren personenrechtliche Verhältnisse betrifft. Sie findet deshalb auch ganz ohne Rücksicht auf den Güterstand statt. Durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts kann die Beschränkung auf Antrag der Frau aufgehoben werden. Hat die Frau die Aufhebung der Beschränkung erwirkt, so kann sie unter Vorlegung des Beschlusses mit dem Zeugnis der Rechtskraft ohne Mitwirkung des Mannes die Beseitigung der Eintragung verlangen. Die Veröffentlichung der Güterrechtsregistersache erfolgt durch die Amtsblätter.

Um eheliche Auseinandersetzungen betreffs Ausübung der Schlüsselgewalt zu vermeiden, ist der Frau der dringende Rat zu erteilen, sich von herumreisenden Agenten, Bilder-, Bücher- und Wäschereisenden usw. ohne Genehmigung und Besprechung mit dem Ehemanne nichts aufhängen zu lassen, noch viel weniger leichtfertig Bestellscheine zu unterschreiben. Ein Recht, innerhalb 24 Stunden — wie vielfach irrtümlich angenommen wird — von solchen Verträgen zurückzutreten, existiert nicht.

Die Arbeitsbedingungen in einem demokratischen Gemeinwesen, so lautet das Thema, über welches heute, Freitag, abend in einer öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshaus der Genosse Greulich aus Zürich referieren wird. Genosse Greulich ist einer der Veteranen der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung überhaupt. Er verkörpert in seiner Person gewissermaßen ein lebendiges Stück Parteigeschichte. Wenn auch längst weißes Haar sein Haupt umwallt, so kämpft Genosse Greulich doch noch immer mit dem Eifer und Feuer der Jugend für unsere Ideale. Es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß die heutige Versammlung stark besucht wird.

Sensationelle Verhaftung. Vor etwa einem Vierteljahr ließ ein finnischer Kaufmann, Abram Haapa, sich in der hiesigen Stadt nieder und eröffnete ein Warenexportgeschäft nach Finnland. Er bestellte bei hiesigen und Hamburger Firmen Stahlwaren, Möbel usw., die er nach Finnland versandte. Die ersten Bestellungen hielten sich in bescheidenen Grenzen und sie wurden auch prompt bezahlt. Bald aber nahmen, wie bürgerliche Blätter melden, die Bestellungen großen Umfang an, und die Firmen gewährten immer größeren Kredit. Wahrscheinlich hat Haapa auch noch Firmen an anderen Plätzen seine Kundschaft zugewendet, denn die Warenausfuhr Haapas nach Finnland nahm einen bedeutenden Umfang an. Er bezahlte mit Wechseln, deren Fälligkeitstermin nunmehr herangerückt ist. Als die ersten Wechsel präsentiert wurden, erklärte Haapa, daß er nicht zahlen könne, weil ihm in Rußland 35 000 Mk. gestohlen worden seien. Die Firmen erstatteten Anzeige mit dem Ergebnis, daß der betriebsame Geschäftsmann verhaftet wurde. Er hat alle eingekauften Waren schleunigst nach Finnland expediert und dort wahrscheinlich schon an den Mann gebracht. Insgesamt ist der Lübecker Platz um 40 000 Mk. geschädigt und in Hamburg dürften die Ausfälle nicht geringer sein. Der Gesamtschaden deutscher Firmen wird jedenfalls 100 000 Mk. bei weitem übersteigen, da immer neue Anzeigen einlaufen.

Wegen Konkursverbrechens ist am 16. Juni vom Schwurgericht Lübeck der Kaufmann Max Moses gen. Katz unter Einrechnung einer anderen Strafe zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er war 1908 in Konkurs geraten und hatte nicht nur die Bücher unordentlich geführt, sondern auch Vermögensstücke beiseite geschafft. — In seiner Revision rügte er Beschränkung der Verteidigung, bemängelte die Fragestellung und behauptete, der Vorsitzende habe den Geschworenen schon bei Verlesung des Eröffnungsbeschlusses Belehrungen gegeben. — Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision als unbegründet.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 17½ Grad, Badeanstalt Falkendamm (Wakenitz) 18 Grad.

Schiffskollision. Donnerstag vormittag ½11 Uhr rannte bei der Struckfähre der Schlepper Auguste dem Schlepper Karl in die Backbordseite. Außer einem Scheuerleistenbruch und kleinem Defekt an der Wahlschine scheint der Karl keinen Schaden genommen zu haben. Beide Dampfer gehören der Firma Johannsen u. Sohn. Entstanden ist der Unfall durch Versagen der an Deck befindlichen Umsteuerung der Maschine.

ph. **Verdächtig.** Gegen zwei auswärtige Kahnschiffer, die dringend verdächtig sind einem hiesigen Fischer einen Aalkorb gestohlen zu haben, wurde Anzeige erstattet.

Hauseinsturz. Man schreibt uns: In welcher leichtsinnigen Weise mit Menschenleben gespielt wird, zeigt der Einsturz eines Neubaues des Unternehmers Begehr in Seeretz, der sich am Dienstag, dem 23. August, nachmittags 3½ Uhr ereignete. Der Bau war bereits am Sonnabend gerichtet und die Arbeiter in der Dachetage beschäftigt, als der Einsturz erfolgte. Obgleich die Maurer mit dem Gerüst abstürzten, hat glücklicherweise keiner von ihnen einen Unfall erlitten. Es wird nun nachträglich für manchen schwer sein, die Ursachen des Einsturzes festzustellen, weil der Unternehmer sofort alles getan hat, um die Mängel zu verdecken, denn am Mittwoch vormittag waren die Maurer schon wieder bei ihrer Arbeit. Schreiber dieses konnte nach in Augenscheinnahme feststellen, daß die Ursachen des Einsturzes in der minderwertigen, gegen alle Regeln der Baukunst verstoßenden Betonschüttung gelegen hat. Man sollte es kaum für möglich halten, daß so etwas passiert bei einem Baumeister und Innungsmeister, der auch einer von denjenigen war, welche diesen Sommer glaubten, die Arbeiter des Baugewerbes in das Joch zu zwingen; welche weiter das bauende Publikum in der Aussperrung davor gruselig machten, wenn sie den Gesellen Arbeiten zukommen ließen, indem sie sagten, daß die Leute sich die Folgen eines Einsturzes dann selbst zuzuschreiben hätten. Derselbe Herr wagt es, solche schlechte Arbeit zu liefern, denn von einer Betonschüttung, die 1,70 Meter hoch und 38 breit ist und nach vier Wochen mitten im Sommer noch nicht soviel Bindekraft erlangt hat, einen 5 Meter hohen, 1 Stein starken Giebel zu tragen, kann man ruhig behaupten, die Mischung war nicht 7 zu 1, sondern eher 20 zu 1. Das Schlimmste geschieht aber nun, um den Schaden rasch auszubessern, indem vor der Betonmauer, d. h. soweit sie stehen geblieben ist, ein halber Stein stark vorgeblendet wird. Hier muß die zuständige Behörde sofort für Abhilfe sorgen. Ebenfalls sei bemerkt, daß der eine halbfertige Bau, demselben Unternehmer gehörig, einer strengen Untersuchung bedarf; auch dort ist der Betonsockel so minderwertig, daß man bequem, obgleich derselbe schon 8 bis 10 Wochen alt ist, Stück bei Stück abbröckeln kann.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Lasartesse siegte gestern abend in einer Gesamtzeit von 31½ Minuten durch einen aus dem Stande ausgeführten Armschulterzug über Schwarz-Berlin. Der „Kampf" zwischen dem Europameister Strenge und dem belgischen Champion Omer de Bouillon blieb, wie vorauszusehen war, nach 20 Minuten unentschieden. Ebenfalls unentschieden mußte der Kampf zwischen Luppa-Mähren und Reglin-Lübeck abgebrochen werden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend wird als letzte volkstümliche Operettenvorstellung bei kleinen Preisen: „Frühlingsluft" von Strauß in Szene gehen und am Sonntag findet eine große Doppelvorstellung statt, die außer dem reizenden dreiaktigen Lustspiel: „Die goldene Eva" noch die Leharsche Operette: „Die Rastelbinder" bringt. Der Beginn ist auf 7 Uhr festgesetzt. Montag ist unwiderruflich zum letzten Male Tolstois gewaltiges Werk „Auferstehung", welches bei glänzender Darstellung eine äußerst beifällige Aufnahme gefunden. Für Donnerstag, den 1. September, ist „Der Dieb" von Harry Bernstein in Vorbereitung.

Schlußtip. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Sonnabend — von 5—7 Uhr nachmittags im Lokale von Herrn Freese statt.

Hamburg. Eine entsetzliche Bluttat beging am Mittwoch abend um 7½ Uhr der 28 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Karl Müller. M., ein arbeitsscheuer und dem Trunke ergebener Mann, lebte seit acht Tagen von seiner Frau getrennt, die sich seit langer Zeit mit ihren drei Kindern, von denen das jüngste 18 Monate alt ist, selbst ernähren mußte. Am Mittwoch suchte M. seine Frau auf ihrer Arbeitsstelle im Hause Revalerstraße 6 auf, wo sie zum Wäschewaschen bei der Familie Vagt gegangen war. Als Müller in die Wohnung der Familie V. trat, verlangte sein kleines 18 Monate altes Kind, das Frau Müller mit zur Arbeit genommen hatte, nach dem Vater. Um jedem Streit aus dem Wege zu gehen, ließ Frau M. ihn das Kind reichen. Kaum hatte M. das Kind auf dem Arm, als er, ohne etwas zu sagen, sein Messer zog und dieses seinem Kinde in den Rücken stieß, sodaß es die Lunge durchbohrte. Entsetzen lähmte die Mutter, die im nächsten Moment von ihrem Manne am Halse gewürgt, und durch mehrere Stiche in den Rücken, im Kopf und in den Armen verletzt wurde. Dann ging der Unhold, als ob nichts geschehen wäre, aus dem Hause. Auf Veranlassung von Hausbewohnern, die einen Schutzmann von dem Vorgefallenen in Kenntnis setzten, wurde er bald darauf verhaftet. Die schwerverletzte Frau M. floh in ihrer Angst nach dem Steindamm, wo sie in einem Hausflur zusammenbrach. Nachdem sie mit Notverbänden versehen worden war, wurde sie ins Krankenhaus St. Georg transportiert, wohin man auch das lebensgefährlich verletzte Kind gebracht hatte. Nach Angabe der Mutter und der Schwester der Frau M. hat der Täter seine Frau schon sehr oft bedroht.

Genossenschaftsbewegung.

Die großen Hansen gegen die Konsumvereine. Wieder betritt der Hansabund reaktionäre Bahnen, indem er sich scharf gegen konsumgenossenschaftliche Einrichtungen wendet. So schreiben die Mitteilungen vom Hansabunde:

„Nach zuverlässigen Informationen, die dem Hansabund aus Metz zugegangen sind, plant die Militärintendantur in Metz die Errichtung einer Ein- und Verkaufsgenossenschaft, die sich mit dem Verschleiß sämtlicher zum Leben einer Familie nötigen Gegenstände befassen soll und nicht weniger als 8700 Beamte als Mitglieder hat. Die Vorbereitungen sind bereits so weit gefördert, daß die Gründung unmittelbar bevorsteht. Der Hansabund hat in Erkenntnis der außerordentlichen Schädigungen, die dem erwerbstätigen Bürgertum von Metz durch die Ausschaltung des Zwischenhandels und dem Staate durch die Vernichtung zahlreicher kaufmännischer Existenzen erwächst, Vorstellungen erhoben mit dem Ziele, die maßgebenden Instanzen zu veranlassen, den staatlichen Beamten die Unterstützung dieser Bestrebungen zu untersagen."

Der Hansabund jubelt also dem parasitischen Zwischenhandel in allen Formen zu und erklärt sich gegen eine notwendige, gegen die Ausbeutung der Konsumenten gerichtete genossenschaftliche Einrichtung. Der Hansabund entpuppt sich mehr und mehr als ein Bund ausbeutender kapitalistischer Unternehmer!

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Mittwoch, den 24. August.

D. Yrsa, Kapt. Andersen, von Aalborg in 36 St.
D. Ludwig Kolberg, Kapt. Palsson, von Gothenburg in 26 St.
Edith, Kapt. Grothe, von Neustadt in 3 St.
D. Primula, Kapt. Nyberg, von Warnemünde in 4 St.

Donnerstag, den 25. August.

D. Najaden, Kapt. Stenfelt, von Kopenhagen in 13 St.
Hermes, Kapt. Boström, von Hammerhus in 24 St.
Caariter, Olassen, von Stockholm in 12 T.
Olga, Kapt. Strömberg, von Hammerhafen in 9 T.
Alfred, Kapt. Zenke, von Königsberg in 3 T.
Eline, Kapt. Wennerström, von Pitea in 15 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Donnerstag, den 25. August.

Ora et labora, Kapt. Thode, nach Hamburg.
Hans Voß, Kapt. Voß, nach Heiligenhafen.
D. Yrsa, Kapt. Andersen, nach Hamburg.
D. Fehmarn, Kapt. Schacht, nach Fehmarn.
Idria, Kapt. Jacobson, nach Brahmwick.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 24. Aug.

Auftrieb 1566 Schweine. Markt flau. Überstand 42 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,00 bis 52,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 200—240 Pfund, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,— bis 52,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (51,50 bis 52,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,— bis 66,— (50,50 bis 51,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 62,00 (48,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 53,00 bis 59,00 (44,50 bis 46,00) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 24. August.

1. Klasse 330 Drittel zu 126,45 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 35 „ „ 109,89 Mk. „ „

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Vom Dampfer Kronshagen durch P. M. 2,—Mk.

Die Expedition.

Briefkasten.

Drei Streitende. Das Sozialistengesetz wurde am 1. Oktober 1890 aufgehoben. Genosse Friedr. Meyer, Verleger des „Lübecker Volksboten" ist am 27. Juni 1895 gestorben.

M. N. 32. Soviel aus Ihrer Anfrage zu ersehen ist, sind sämtliche Kinder, wenn auch aus zwei Ehen, doch von einem Vater. Da nun Ihr Vater als nächster Erbe in Betracht kommt, dieser aber verstorben ist, erben die Kinder als Nacherben zu gleichen Teilen. Für derartige Fragen ist es aber ratsamer, sich mündliche Auskunft im Arbeitersekretariat zu holen. Wollen Sie also Genaueres wissen, sprechen Sie dort vor.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

D. T. V.

Sonnabend abend 11 Uhr
Neulanerhof.

Für bewiesene Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen, besonders seinen Mitarbeitern, der Firma Havemann u. Sohn und Herrn Pastor Arndt für die trostreichen Worte herzlichen Dank.

Frau Rohweder.

Ein freundliches heizb. Logis nach vorne zu vermieten
Hansastraße 62, I.

Umständehalber zum 1. Oktober **eine abgeschlossene Zweistubenwohnung** zu vermieten
Travelmannstr. 31/33, III.
Näheres daselbst parterre oder Falkenstraße 16 (Kellerwirtschaft).

Sofort oder 1. Oktober **eine kl. Wohnung** zu vermieten
Depenau 21, II.

Schuhmacher-Einrichtung, tadellos, krankheitshalber billig.
Ang. u. **K 31** an die Exp. d. Bl.

Eine guterhaltene Kinderbettstelle und eine Chaiselongue sind billig zu verkaufen
Wakenitzmauer 5a, I.

Handkoffer, Fahrrad, eiserner Ofen zu verkaufen
Reiferstraße 36.

Zu verkaufen ein guterhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen
Reiferstraße 38, I.

Zu verkaufen guterhaltener blauer **Kinderwagen** mit Gummireifen
Heinrichstraße 22, I.

Zu verkaufen **2 Gehröcke mit Westen** (schwarz), mittlere Figur
Glandorpstraße 36, II.

Minorka-Küken

zu verkaufen Drögestraße 11.

Gefunden eine Damenuhr mit Kette. Abzuholen
Adolfstraße 2f.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken

Empfehle einen **wirklich schönen, garantiert reinen**

Kakao

Pfund **1.00** u. **1.20** Mk.

H. Bülck,
Breitestr. 54. Fernspr. 149.

Tafel- u. Wirtschafts-Obst

in ganz besonders hervorragender Güte empfiehlt

C. Straubing,
Moislinger Allee 10. Fernspr. 1170
Wiederverkäufern d. best. Chancen.

Pa. Schweinefleisch, Bratenstücke, pro Pfd. **70 ₰**
Ger. Schweinsbacken ohne Knochen per Pfd. **65** u. **75 ₰**
Pa. weiß. Schmalz Pfd. 85, b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **80 ₰**
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 90, b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **85 ₰**
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heiße Knackwurst.

H. Labrtz, Böttcherstr. 16.

Den geehrten Einwohnern von **Lübeck und Umgegend** die gefl. Mitteilung, daß ich mit dem **heutigen Tage** mein **Spezial-Buttergeschäft** durch Aufnahme von

Käse, Wurst und Aufschnitt sowie Margarine

erweitert habe.

Der Verkauf der neu aufgenommenen Waren beginnt am

Freitag, d. 26. August, nachm. 3 Uhr.

Durch den großen Bedarf, den ich für meine verschiedenen Geschäfte habe, bin ich in der Lage, alle Waren **stets frisch** und zu **soliden Preisen** zu liefern.

Am **Eröffnungstage** sowie am **Sonnabend, dem 27. August,** gebe ich beim **Einkauf von 2 Pfund Margarine oder Pflanzenbutter** oder 3 Mark anderen Waren eine **hochfeine Kristall-Butterdose** und beim **Einkauf von 3 Pfund Margarine oder Pflanzenbutter** oder 4 Mark anderen Waren eine **echte Porzellan-Kaffeekanne gratis.**

Fleisch- und Wurstwaren

Roher Schinken
Gekochter Schinken
Ia. Schinkenspeck
Mortadella
Kaiser-Jagdwurst
Zungenwurst
Leberkäse
Sardellen-Leberwurst
Ia. Zwiebel-Leberwurst
Salami- und Plockwurst
Braunschweig. Mettwurst
Gekochte Mettwurst
Braunschweiger Wurst
Sülze und dergl. mehr

Meiereibutter

Hochfeine Tafelbutter Pfd. 1,30 Mk.
II. Sorte Meiereibutter Pfd. 1,20 Mk.

Margarine

Marke:		
„M. M."	Pfd.	60 Pf.
„Creme"	„	70 Pf.
„Solo"	„	80 Pf.
„Rheinperle"	„	90 Pf.

Pflanzenbutter-Margarine

Marke Cremon Pfd. 80 Pf.
Marke Cocosa Pfd. 90 Pf.

Käse

in großer Auswahl und in allen Preislagen.

Schmalz

Ia. garantiert rein Flomenschmalz
Ia. Flomenschmalz in Blasen
ff. Schlachterschmalz

Speck

mager, fett

Garantiert frische **Trinkeier**

Frische Eier

Auf **alle Waren,** auch **auf**

Naturbutter

gewähre **4 Prozent Rabatt in Bons,** auf

Margarine 10 Prozent Rabatt in Bons.

25 Mark dieser Bons werden in bar oder Waren eingelöst.

Auf Wunsch erfolgt Lieferung sämtlicher Waren **frei Haus.**

Billige Bezugsquelle für Hotels, Restaurants 2c.

Ich bitte, das mir bisher erwiesene Wohlwollen auch ferner zu bewahren und bitte um gefl. Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Max Ueberrhein

Breitestraße 11

Fernruf 1910.

Moislinger Allee 2. **Hüxstraße 118.**

Holsten-Automat

G. m. b. H. **Holstenstr. 14.**
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Verband der

Fabrikarbeiter Deutschl.

(Distrikt Neufeld-Schwartau.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 27. August
abends 8½ Uhr
im Gasthof Transvaal.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Verbandstag in Halle.
3. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

Freie Jugendorganisation.

Sonntag, den **28. August 1910:**
Tour nach Scharbeutz und Travemünde.
Treffpunkt: **Schlachthof** 7 Uhr morgens.
Nachzügler: 5 Uhr nachmittags Seetempel, Travemünde.
(Zug ab Lübeck 4.15.)
Der Jugendausschuß.

Arbeiter-Abstinentenbund

Ausflug
nach der Palinger Heide
Sonntag, 28. Aug. 1910.
Abmarsch 2½ Uhr von der Straßenbahn-Endstation (Roeckstraße).

Turn-Verein Eichenkranz Schwartau Rensefeld

BALL

am Sonntag, 28. August 1910
im Lokale des Herrn **Piquardt, Hotel Kronprinz.**
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.
Eintritt für Bundesmitglieder 50 Pf.

Hansa-Theater

Beginn des Konzertes 8 Uhr,
Beginn d. Vorstellung 8½ Uhr.
Heute Freitag, 26. August:
Fortsetzung der

Finale-Kämpfe.

Es ringen:

Lasartesse, Weltmeister i. Mittelgew. — **Georg Strenge** Meisterringer von Europa,
Om. de Bouillon Champion von Belgien. — gegen — **Reglin,** Meisterringer von Lübeck,
Luppa, Mähren, — **v. d. Meulen** Holland.

Vorher große
Spezialitäten-Vorstellung.
Vorverkauf bei Sager.

Stadthallen-Theater.

Sonnabend 8 Uhr. Außer Ab. Volkstüml. Operettenvorstellung.
Frühlingsluft.
Im 2. Akt: Lübeckerinnen, ihr süßen, ges. von Willi Bonin.
Logen u. Parkett 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.
Sonntag 8 Uhr. 70. Ab.-Vorst. Große Doppel-Vorstellung.
Die goldene Eva.
Der Rastelbinder.
Montag: **Auferstehung.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 199. Freitag, den 26. August 1910. 17. Jahrg.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg 1910.

Allgemeines.

Deutschland ist zu dem mächtigsten Industriestaat des Festlandes der alten Welt emporgewachsen und doch steht es unter der Herrschaft des Zentrums und der Agrarier, die das Reich als Institution zu ihrer Bereicherung betrachten. Waren früher die Verhältnisse noch verschleiert, indem scheinbar Großkapital und Großgrundbesitz als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander wirkten, so ist es heute anders geworden. Ende der siebziger Jahre wollten die Großkapitalisten Schutzzölle, und sie erlangten sie dadurch, daß sie mit den Großgrundbesitzern die Wirtschaftliche Vereinigung bildeten, in der man sich gegenseitig auf Kosten des Volkes Profite bewilligte. Zu den ersten Konflikten zwischen den Beutegierigen kam es im Anfang der neunziger Jahre, als die Großkapitalisten Handelsverträge benötigten und diese auch gegen den Willen der Agrarier durchgesetzt wurden, so u. a. der russische Handelsvertrag nur mit Hilfe der Sozialdemokraten. Trotzdem sind die Agrarier mächtiger geworden. Sie haben in Norddeutschland den Bund der Landwirte und im Westen und Süden die christlichen Bauernvereine organisiert und bei den letzten Wahlen denn auch die Mehrheit im Reichstage erlangt. Der Hottentottenblock war nur ein kurzer Traum. Sehr bald ging das Gebilde in die Brüche, und Konservative und Zentrum, die innerlich durch ihre Weltanschauung und ökonomisch durch die gemeinsamen agrarischen Interessen zusammengehören, schlossen sich im schwarz-blauen Block zusammen und zeigten dem Großkapital, daß sie seiner Hilfe nicht bedürfen, sondern vorläufig die Macht haben, die Gesetze so zu gestalten, wie es in ihrem Interesse liegt. Das zeigte sich besonders bei der Reichsfinanzreform und bei der Kaßbalgerei um den preußischen Wahlrechtsentwurf.

Das Industrie- und Handelskapital versucht nun durch den Hansabund seinen politischen Einfluß zu erhöhen. Der Ausgang der Reichstagswahl in Oleszko-Lyck-Johannesburg darf mit als ein Erfolg des Hansabundes betrachtet werden. Solange der Kampf in Gebieten, wie in den Landkreisen des fernen Ostens, geführt wird, mag der Hansabund als das fortgeschrittenere Element erscheinen. Die Arbeiterklasse hat indes vom Hansabund nichts zu erwarten. Die Politik der Kapitalisten wird sich in der Hauptsache immer gegen die Arbeiter richten. Mehr noch als agrarische Gesetze fürchtet das Industrie- und Handelskapital den Ausbau der Sozialpolitik. Die Hinderung der Sozialpolitik ist das Gebiet, auf dem die Vertreter des mobilen und immobilen Kapitals sich zusammenfinden. Darin finden sie auch volles Verständnis bei den Regierungen.

Jetzt liegt die Novelle zur Reichsversicherungsordnung, für die der Leipziger Parteitag die Grundzüge unserer Forderungen festlegte, dem Reichstage vor. Hatten wir auch keineswegs hohe Erwartungen an die Vorlage gestellt, so wurden nicht einmal diese erfüllt. Die größten Pessimisten behielten recht.

Wenn eine so umfangreiche Gesetzesvorlage sich auch wenig dazu eignet, in ihren Einzelheiten in Versammlungen kritisiert zu werden, so ist doch die Frage der Arbeiterversicherung ein Gegenstand, der das Interesse jedes Arbeiters berührt. Partei und Gewerkschaften haben deshalb alles getan, um die Arbeiter über die große Bedeutung des Gesetzes aufzuklären und sie aufzurufen zum Protest gegen die beabsichtigte Vernichtung ihres Selbstverwaltungsrechtes und die Mißachtung ihrer berechtigten Forderungen.

Zu der Erregung auf politischem Gebiete kamen im letzten Jahre große wirtschaftliche Kämpfe. Die Unternehmerverbände treten immer selbstherrlicher auf. Eine Zeitlang schien es, als sollte es im Holz- und Malergewerbe zu heftigen Kämpfen kommen, und erst nach langen Verhandlungen kam es hier zu Verständigungen.

Im Baugewerbe ist der Kampf vom Unternehmertum in der frivolsten Weise provoziert worden. Durch die Aussperrung sollten die Arbeiterorganisationen vernichtet, die „Macht der Arbeiter" gebrochen werden. Selbst in den Kreisen der Bauunternehmer mangelte es nicht an Personen, die die Utopie eines solchen Beginnens erkannten; sie konnten aber die von langer Hand vorbereitete Aussperrung nicht verhindern. Der Ausgang des Kampfes hat dem Unternehmertum gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Machtfaktoren geworden sind, mit denen sie wohl oder übel rechnen müssen. Denn die Arbeiter im Baugewerbe haben den Angriff des Unternehmertums auf ihre Organisationen nicht nur völlig abgeschlagen, sondern auch nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Vorteile errungen.

Einen schweren Kampf hatte der Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier zu führen. Sonst patriotische Bergleute hatten, getrieben von der steigenden Not, sich dem Bergarbeiterverband angeschlossen, um ihre Lage zu verbessern. Die Maßregelung von 70 Arbeitern war die Antwort der Bergherren, worauf Tausende von Bergleuten sich solidarisch mit ihren Kameraden erklärten und in den Streik eintraten. Die Antwort der Bergherren war der Appell an die Staatsgewalt. Soldaten, wie für den Krieg ausgerüstet, gingen in das Streikgebiet und nahmen mitten im Frieden eine Stellung ein wie in Feindesland. Wenn vor einem oder zwei Jahren ein Sozialdemokrat in jene Gegend gekommen wäre und das, was jetzt sich zutrug, als möglich dargestellt hätte, so hätte man ihn ausgelacht oder gar mit Gewalt vertrieben. Jetzt aber lernten die Arbeiter die wahre Natur des Klassenstaates kennen und werden ihr künftiges Tun und Lassen danach einrichten. Gleichzeitig haben sie aber auch begriffen, daß das Solidaritätsgefühl bei den Arbeitern kein leerer Begriff ist.

An den Rand eines großen Ausstandes trieben die Bergherren des Ruhrreviers die Bergarbeiter durch Einrichtung sogenannter Arbeitsnachweise. Nur der Klugheit, Umsicht und Besonnenheit der dem Unternehmertum sonst so verhaßten Führer ist es zu danken, daß es nicht zu einem großen, das ganze wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft ziehenden Bergarbeiterausstand gekommen ist.

So sorgen Regierung, Agrarier und Kapitalisten dafür, daß die Massen in Bewegung gehalten werden und immer mehr die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen.

Das Rüsten zum Wahlkampfe hat auf der ganzen Linie begonnen. Vorläufig ist Geldsammeln die allgemeine Parole. „Sammelt Geld, um die Wahlen von Vertretern des mobilen Kapitals zu fördern!" heißt es im Hansabund und dieselbe Parole wird auch vom Zentralverband deutscher Industrieller ausgegeben. Was mit Geld im Wahlkampfe zu erreichen ist, das werden die Vertreter des Kapitals zu erreichen suchen. Viel Geld spielte ja auch im letzten Wahlkampf eine große Rolle. 1907 waren es der Flottenverein und der Zentralvorstand deutscher Industrieller, die die Mittel hergaben, die Wahlen zu fördern. Gegen Zentrum und Sozialdemokratie lautete zwar die Parole, in Wirklichkeit schuf man die Basis für den schwarz-blauen Block. Im nächsten Wahlkampfe werden die Kapitalisten wohl die Parole ausgeben, gegen Agrarier und Sozialdemokraten. Indes sind wir keinen Augenblick im Zweifel, daß sich der eigentliche Kampf gegen unsere Partei richten wird. Wohl möchten die Kapitalisten die Macht der Agrarier brechen, aber sie mit Hilfe des Proletariats brechen, das verabscheuen sie mehr als die Junkerherrschaft. Und doch kann und wird diese Macht in Deutschland nur durch die Sozialdemokratie gebrochen werden.

* * *

Zur badischen Budgetabstimmung

sagt der Bericht: Es wird Aufgabe des Parteitages sein, diese grobe Mißachtung eines Parteitagsbeschlusses entschieden zurückzuweisen und die Wiederholung eines solchen Vorganges zu verhüten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei muß unter allen Umständen sichergestellt werden.

Dem Parteivorstand überwiesen wurde vom Leipziger Parteitag der Antrag:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, baldigst die notwendigen Vorbereitungen zur Errichtung einer besonderen literarischen Abteilung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die Herausgabe und bessere Ausgestaltung der Parteikorrespondenz, ferner die Bearbeitung und systematische Herausgabe von Flugblättern und Flugschriften und die Einrichtung einer Zentralregistratur sein soll."

Die Aufgaben, die der Antrag 263 der zu gründenden literarischen Abteilung zuweist, werden zum Teil durch die „Parteikorrespondenz", die auch eine besondere Registratur hat, und durch das Pressebureau erfüllt. Der Parteivorstand ist im Sinne des Antrages 263 mit der Erweiterung der bestehenden Einrichtungen beschäftigt. Am 13. April und am 1. August d. J. fanden in Düsseldorf Besprechungen mit Vertretern der Agitationsbezirke und der Parteipresse Rheinland-Westfalens statt, in denen über die Errichtung eines literarischen Bureaus beraten wurde, das besonders in jenen Gegenden unsere Genossen in ihrem Kampfe gegen das Großkapital und gegen das Zentrum unterstützen soll. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Bureau Ende des Jahres seine Tätigkeit aufnehmen kann. Den Wünschen der Antragsteller des Antrags 263 wird das zu errichtende Bureau gerecht zu werden suchen.

Die Anträge 32, 35 und 237, die verlangten, daß nach Erscheinen der Reichsversicherungsordnung der Parteivorstand im Einvernehmen mit der General-Kommission in der Arbeiterversicherung praktisch tätige Genossen über die parlamentarische Behandlung der Vorlage gutachtlich hören solle, sind ausgeführt worden. Zunächst wurden 10 sachkundige Genossen berufen, die einer später zusammentretenden erweiterten Konferenz Sachverständiger Abänderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Regierungsentwurfes vorlegten. Diese Konferenz tagte am 22. und 23. April und war von mehr als 70 Genossen aus allen Teilen des Reichs besucht. Die zuerst berufene Zehnerkommission hat dann unter Mithilfe der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichstagskommission den ganzen Regierungsentwurf durchgearbeitet und ihre Abänderungsanträge der Reichstagsfraktion unterbreitet. Die Maßnahme hat sich gut bewährt und den zur Mitwirkung berufenen Genossen, besonders den Mitgliedern der Zehnerkommission, gebührt für ihre sehr wertvolle Arbeit der Dank der Partei.

Organisation.

Das verflossene Jahr mit seinen lebhaften politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hat trotz der immer noch fühlbaren wirtschaftlichen Krise eine sehr erfreuliche Stärkung der Parteiorganisation gebracht. Der beste Beweis, daß es sich bei der Erregung über die Steuerausplünderung und die Wahlrechtsverweigerung nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Unsere Mitgliederzahl ist von 633 309 auf 720 038 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 86 729 oder 13,69 Proz. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 66 346 und die weiblichen mit 20 383 beteiligt.

Die Zahl der Wahlkreissekretäre beträgt 62.

Jugendausschüsse bestehen an 360, Bildungsausschüsse an 314 und Kinderschutzkommissionen an 109 Orten.

Die im neuen Organisationsstatut vorgesehenen Mindestbeiträge für Mitglieder sind bis auf 10 Reichstagswahlkreise überall durchgeführt worden. Es handelt sich dabei meist um Wahlkreise, in denen die Parteiorganisation einen schweren Stand hat. Doch müssen auch diese Organisationen im Laufe des nächsten Jahres die Mindestbeiträge einführen.

Eine Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen tagte am 24. und 25. Januar in Berlin. Sie beschäftigte sich mit der Berufung einer Frauenkonferenz, die durch einstimmigen Beschluß erst für das nächste Jahr empfohlen wurde. Weiter beschäftigte man sich mit der Jugend-

---

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

76. Fortsetzung.

„Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit, Grietje", seufzte der Mann, „und wir alle beide nicht jung darin geblieben. Ich habe viel durchgemacht in den Jahren und war eine lange, lange Zeit in Borneo von den Indianern gefangen, Du hättest sonst gewiß von mir gehört. Die Trennung ist mir selber schwer angekommen."

Wieder betrachtete ihn die Frau forschend von oben bis unten, endlich sagte sie leise:

„Manchmal ist mir's, als ob Du's wärest, manchmal wieder nicht. Hast Du gar kein Zeichen aus früherer Zeit, das mir als fester Beweis dienen könnte?"

„Sagt Dir Dein Herz nichts, Grietje?" fragte ihr Gatte mit zärtlichem Vorwurf. Grietje aber schüttelte den Kopf und meinte:

„Das kauf' ich alles nicht teuer — Herz und dergleichen — hast Du gar kein Zeichen von früherer Zeit behalten? — Wo ist unser Trauring?"

„Du guter Gott," stöhnte der Mann, — „das war ein schwerer Tag, an dem ich mich von dem Ring trennen mußte! — Es war gerade, als die Dajaks über uns herfielen und uns in ihre Hütten schleppten — und damals glaubte ich, wir sollten gebraten und verzehrt werden; aber wir kamen doch noch mit dem Leben davon. Was wir freilich an Gold und Kleinodien bei uns hatten, nahmen sie uns ab."

„Die Briefschaften auch?" sagte die Frau, mißtrauisch werdend.

„Nein," erwiderte ruhig Valentijn, „mit denen hätten sie nichts anfangen können, ja sie fürchteten sich sogar davor, sie anzufassen, da sie glaubten, daß vielleicht irgend ein böser Zauber darin stecken möchte."

„Und die hast Du noch?"

„Ja, Grietje — wenn Du denen mehr Glauben schenken willst wie mir selber. — Vielleicht kennst Du sogar die alte Brieftasche noch, in Du sie selber damals eingelegt, als ich auf Reisen ging."

Langsam mit dem Kopf nickend, nahm die Frau die Brieftasche, betrachtete sie seufzend und sagte dann:

„Geh' jetzt hinaus, Valentijn — laß mich eine Weile allein — mein Mann wird auch jetzt munter werden. Heut abend können wir nicht mehr — wenigstens nicht ausführlich mit einander verkehren; steh' morgen früh auf und komm wieder hierher in mein Kontor; ich will hier auf dich warten."

„Grietje! —"

„Beruhige Dich — ich stelle Dich zufrieden — ich will Dir die verlorenen Waren nicht in Anrechnung bringen — ich wünsche, daß es Dir fortan gut gehe, und das wenige, was ich dazu beitragen kann, soll geschehen — aber, wie gesagt, nur unter der einen Bedingung, daß Du auch mein Wohlergehen berücksichtigst und gegen keinen Menschen erwähnst, wer Du bist — oder wer Du vielmehr warst. Versprichst Du mir das?"

„Gewiß verspreche ich Dir das, Grietje — freilich war ich mit anderen Hoffnungen hierhergekommen!" seufzte er.

„Sei kein Narr," dämpfte aber „Grietje" ziemlich prosaisch diesen Ausbruch von Gefühl, „geh' jetzt hinüber und laß Dir mit dem Prediger etwas zu essen geben, Ihr werdet beide hungrig sein. Ich schicke Euch nachher den Wein dazu — es sind noch immer ein paar Flaschen von der alten Sorte da, die Mynheer Soltersdrop noch nicht gefunden hat. Behüt' Dich Gott, Valentijn!" — und wieder reichte sie ihm die Hand, die er derb und herzlich drückte, dann winkte sie ihm hinaus und schob hinter ihm den Riegel vor, um vollkommen ungestört die alten, gelben Papiere durchzulesen und zu prüfen. Es war ein trauriges Geschäft und kostete ihr manchen Seufzer, manche Träne, denn sogar ein paar alte Briefe von sich fand sie dabei, noch aus der ersten Zeit ihrer Liebe. — Oh selige Erinnerungen, wenn das Herz noch frisch ist, denn Valentijn war ja erst ihr dritter Mann gewesen! —

Valentijn warf noch einen schmachtenden Blick zurück, wie sich aber die Tür hinter ihm schloß, war es auch, als ob eine Art von Zauber von ihm genommen, ein anderes Leben über ihn gekommen sei. Seine ganze Gestalt hob sich um wenigstens drei Zoll, sein gelbes Gesicht lächelte freundlich und selbstzufrieden und zeigte dabei die perlmutterartigen Zähne in ihrem vollen Umfang, und die großen hellblauen Augen blitzten und funkelten nach allen Seiten ihren Triumph hinüber. Von der vorigen Zerknirschung und Rührung war auch nicht die Spur mehr zu finden. Das Gesicht zog sich dabei erst wieder in die vorigen ernsten Falten, als Salomon Holderbreit aus der Küche kam, wo er mit einiger Umsicht ein Mittagsmahl für sie bestellt hatte.

„Nun, Freund?" sagte er, des Mannes Hand ergreifend, mit einem ernst-wehmütigen Blick — „Sie haben einen schweren Moment überstanden. — Trug sie es mit Fassung?"

„Sehr!" sagte Valentijn, der den Handdruck erwiderte, „sie hat einen sehr starken Charakter. Ich glaube nicht, daß sie so leicht irgend etwas erschüttern kann."

„Nein, das glaub' ich auch nicht," sagte Holderbreit, „war sie gerührt?"

„Sie hat vor allen Dingen meine Papiere behalten, um zu untersuchen, ob sie auch echt sind. Eine solche Frau wird nur dann gerührt, wenn sie bestimmt weiß, daß sie gegründete Ursache dazu hat. — Morgen früh werde ich sie aber wieder sprechen, ehrwürdiger Herr; ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie so freundlich waren, die erste Vermittelung zu übernehmen — das erste Eis zu brechen, wie sie in Europa sagen."

„Mein lieber Herr, ich habe nicht mehr als meine Schuldigkeit getan," sagte Holderbreit treuherzig — „es ist meine Pflicht, zu versöhnen, so weit meine schwache Kraft reicht; die hab' ich erfüllt."

„Und, wie ich hoffe, ein gutes Werk damit gestiftet," bestätigte Valentijn Joost. „Ich glaube mit Zuversicht, daß dieses Begegnen wesentlich zu unserer beiderseitigen Ruhe beitragen wird — daß der Friede wieder einkehren wird in dieses Haus, — und — in meine Brust. Das alles verdanken wir Ihnen."

„Reden wir nicht weiter davon; da kommt das Essen," sagte Holderbreit freundlich. „Mir selber aber soll es als ein gutes Omen zu meinem beginnenden Unternehmen gelten. Sie glauben gar nicht, mit welcher Lust und Liebe ich daran gehen werde — aber hungrig darf der Mensch auch nicht sein — famos riecht das. — Nach getaner Arbeit ist gut ruhen — wir haben heute schon einen hübschen Weg gemacht und dürfen es uns jetzt mit gutem Gewissen schmecken lassen."

„Und was das für eine reizende Aussicht hier hinaus ist!" bemerkte Herr Joost. „Wie heißt der Berg dort drüben?"

„Ja, das fragen Sie mich?" sagte Holderbreit erstaunt, während sie beide Platz an dem Tisch nahmen. — „Sie müssen den Platz — nur hierher die Schüsseln, Freund, und daß wir dann auch etwas zu trinken bekommen — Sie müssen den Platz hier doch viel besser kennen wie ich — wenn Sie eben die Namen nicht vergessen haben."

bewegung, der Agitation unter den Binnenschiffern und den Landarbeitern und mit der wahltechnischen Organisation. Bei dem Punkt Agitation unter den Binnenschiffern wurde auch der vom letzten Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Antrag 6 besprochen. Es wurde vorgeschlagen, an den Knotenpunkten der Flußschiffahrt mit einer zweckmäßigen mündlichen und schriftlichen Agitation einzusetzen. Ein besonderer Agitationskalender für die Schiffer wurde in Auftrag gegeben und wird im Herbst erscheinen.

In einem Büchlein „Materialien für die Organisationsleiter" haben wir die für die Verwaltungen wichtigsten Materialien zusammengestellt, besonders auch für die Ausführung des Organisationsstatuts und die Durchführung der wahltechnischen Organisation Anleitung gegeben.

Schiedsgerichtssachen haben wir aus dem vorigen Jahre 14 übernommen, davon sind 7 durch Ausschluß, 8 durch Tadelserteilung, 2 durch Vergleich und 2 durch Ablehnung der Anträge erledigt worden.

Die im neuen Organisationsstatut vorgesehene Regelung des Ausschlußverfahrens hat sich bewährt. Von den 46 Bezirksvorständen mußten sich 15 mit 71 Ausschlußsachen befassen. Davon wurden 26 durch Ausschluß, 19 durch Tadelserteilung und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern, 7 durch Austritt, 4 durch vergleich und 5 durch Ablehnung der Ausschlußanträge erledigt. Gegen diese Entscheidungen ist in 3 Fällen Berufung an das Schiedsgericht erhoben worden. In einem Fall hat das Schiedsgericht den Angeschuldigten scharf getadelt, in einem Fall erfolgte Ausschluß und die dritte Sache ist noch in der Schwebe.

Frauenbewegung.

Die politisch bewegte Zeit des verflossenen Geschäftsjahres ward zur lebhaften Agitation unter den proletarischen Frauen benutzt. Die starke Neubelastung des Volkes durch die „Finanzreform" traf die Proletarierinnen besonders hart in ihrer Eigenschaft als Hausfrauen, zum Teil auch als Arbeiterinnen (Tabakarbeiterinnen, Arbeiterinnen in den Glühstumpffabriken und andere). Ihre Empörung über den schier unerträglichen Steuerdruck kam zum Ausdruck in der starken Beteiligung an den Protestversammlungen.

Die preußische Wahlrechtsbewegung bot ausgiebige Gelegenheit, die Frauen zum politischen Leben zu erwecken, sie zu organisieren und zu Mitkämpferinnen zu schulen. In allen Aufrufen und Flugblättern, in allen Zirkularen und Resolutionen ist der Frauen und des Frauenwahlrechtes gedacht und in allen Versammlungen ist neben den übrigen Forderungen eines demokratischen Wahlrechtes auch die Forderung des Frauenwahlrechtes grundsätzlich und mit der Betonung seiner praktischen Bedeutung erhoben worden.

Gemeinschaftlich mit der Generalkommission hat der Parteivorstand im ganzen Reiche Frauenversammlungen angeregt, durch welche die Forderung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes zu den Gewerbegerichten erneut vertreten wurde.

Die Kundgebungen zur „Reichsversicherungsordnung" dienen, soweit die Frauenagitation besonders in Betracht kommt, vor allem der Propaganda der Mutterschaftsversicherung und der Witwen- und Waisenversorgung. Die sächsischen Landtagswahlen und die Reichs- und Landtagsnachwahlen wurden durchweg ebenfalls als günstige Gelegenheit zur Propaganda unter dem weiblichen Proletariat verwertet.

Insgesamt wurden vom Frauenbureau für 41 Agitationstouren und für eine große Anzahl Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg von 62 259 im Jahre 1909 auf 82 642 im Jahre 1910, also eine Zunahme von 20 383.

Die mündliche Agitation wurde wirkungsvoll unterstützt durch eine schriftliche. Ein leichtverständliches Flugblatt, welches die Ausbeutung der Frauen durch das Kapital und durch die Zollpolitik behandelt und gleichzeitig die Notwendigkeit der politischen Organisierung und der politischen Betätigung der Frauen nachweist, ist in 230 330 Exemplaren verbreitet und in mehreren Bezirken gedruckt worden. Ein Flugblatt, das sich an die Frauen und Mädchen Preußens wendet, ist im preußischen Wahlrechtskampf zur Verbreitung gelangt. Bei der Nachwahl zum preußischen Landtag ist für die Frauen Berlins ein vom Bureau geliefertes Flugblatt von den Genossinnen verbreitet worden.

Ein weiteres Flugblatt, das zur Beteiligung an den Krankenkassenwahlen auffordert, ist in 160 000 Exemplaren zur Verbreitung gekommen.

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung hat in den letzten Jahren kräftig Fuß gefaßt. Mehr und mehr erkennen die klassenbewußten Arbeiter, wie notwendig es ist, ihren Nachwuchs zur tätigen Anteilnahme an dem praktischen und geistigen Leben der Arbeiterklasse zu befähigen. Besonders treten die Fortschritte der Jugendbewegung bei der fortgesetzt steigenden Ausbreitung der „Arbeiter-Jugend" in Erscheinung. Im letzten Jahr stieg nämlich die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" von 28 100 auf 45 000. Die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend" konnte infolge dieser erfreulichen Entwickelung schon bei Beginn des zweiten Jahrganges den Umfang des Blattes erweitern.

Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen ist von 311 auf 860 gestiegen. Mitte April dieses Jahres tagte eine Konferenz der Jugendausschüsse, die von 125 Vertretern besucht war. Die Verhandlungen, die sich im Rahmen der Nürnberger Resolution zur Jugendbewegung hielten, endeten mit der einstimmigen Annahme von Leitsätzen, die von der Zentralstelle zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorbereitet wären.

Nach den vorliegenden Berichten sind in 182 Orten die Ausschüsse in der üblichen Form zusammengesetzt. Jugendheime bestehen in 105 Orten. Davon verfügen allerdings 69 nur über einen Raum; 18 über zwei, 8 über 3 und 10 über mehrere Räume. Es handelt sich fast durchweg um gemietete Räume. In fast allen Jugendheimen liegen Zeitungen und Zeitschriften verschiedenster Art aus, auch gut ausgewählte Gesellschaftsspiele stehen zur Verfügung. Außerdem besitzen in 70 Orten die Heime Jugendbibliotheken, die vielfach recht reichhaltig sind. Es bestehen 22 aus mehr als 100 Bänden. Finanzschwachen Orten hat die Zentralstelle mehrfach unentgeltlich kleine Bibliotheken zur Verfügung gestellt. Der Zutritt zu den Heimen steht fast überall den Jugendlichen beider Geschlechter frei. Nur in 17 Orten verlangt man eine Legitimation; meistens Ausweis als Abonnent der „Arbeiter-Jugend".

Besondere Jugendbibliotheken bestehen in 52 Orten; außerdem sind in 25 Orten den Bibliotheken der Erwachsenen Jugendabteilungen angegliedert worden.

Die Jugendausschüsse hatten eine Gesamteinnahme von 52 164,73 Mk., der eine Ausgabe von 51 788,— Mk. gegenübersteht. Die Gewerkschaften leisteten dazu einen Zuschuß von 12 603,64 Mk. und die Parteiorganisationen einen solchen von 10 599,05 Mk.

Zur besseren Durchführung ihrer Aufgaben werden sich die Jugendausschüsse nach Art der Agitationsbezirke der Partei zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen.

Die Zentralstelle hat nach Möglichkeit die Jugendausschüsse mit Auskünften, Anregungen und Materiel in ihrer Tätigkeit unterstützt. Der Verkehr der einzelnen Orte mit der Zentralstelle war infolgedessen sehr rege. Zu dem früher schon erschienenen Flugblatt: „An die schulentlassene Jugend" sind drei weitere herausgegeben worden: „Väter und Mütter!", „An die Arbeitereltern" und „An die Eltern der Arbeiterjugend". Diese Flugblätter sind in einer Gesamtauflage von ca. 500 000 Exemplaren herausgegeben worden, und zwar an finanzschwache Orte unentgeltlich. Guten Anklang fand das im letzten Spätsommer herausgegebene Heftchen. „Anleitungen für künstlerische und gesellige Veranstaltungen". Die erste Auflage des Jugendliederbuchs in Höhe von 30 000 Exemplaren war bald vergriffen. Mit einigen Abänderungen ist es bereits in zweiter Auflage erschienen. Über „Jugendschutz" und „Bürgerliche Jugendbewegung" werden demnächst Broschüren erscheinen, die unseren Agitatoren gute Dienste leisten werden.

Die gesamten Ausgaben der Zentralstelle betragen seit 1. Januar 1909: 17 868,15 Mk. Davon entfallen 12 801,20 Mark auf die „Arbeiter-Jugend".

Landtagswahlen.

Dasselbe erfreuliche Bild wie die Nachwahlen zum Reichstage boten die Landtagswahlen, die in einer Anzahl von Mittel- und Kleinstaaten stattfanden und die Ersatzwahlen für einzelne freigewordene Mandate. Im vorjährigen Bericht konnten wir mitteilen, daß wir in 19 Staaten 140 sozialdemokratische Abgeordnete in den Parlamenten der Einzelstaaten sitzen. Jetzt sind in 19 Bundesstaaten 186 sozialdemokratische Abgeordnete. Ohne sozialistische Abgeordnete sind nur noch die sogannten Landtage der beiden Mecklenburg, Braunschweig, Waldeck, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich die Abgeordneten wie folgt:

Sachsen	25	Sachsen-Altenburg	7
Bayern	21	Preußen	6
Hamburg	20	Hessen	5
Baden	20	Oldenburg	4
Bremen	16	Sachsen-Weimar	4
Württemberg	16	Reuß j. L.	3
Lübeck	12	Schaumburg-Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Lippe	1
Koburg-Gotha	7	Anhalt	1
Schwarzburg-Rudolstadt	7		

Gemeindewahlen.

Das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretungen der Städte, wie auch der der Landgemeinden, vollzieht sich ununterbrochen. Es wächst sowohl die Zahl der Gemeinden, in die wir eindringen, wie die Zahl unserer Vertreter mit fast jeder neuen Wahl. Dazu trägt im besonderen bei, daß unsere Genossen in der treuen Pflichterfüllung ihres Amtes keinerlei Rücksichten zu nehmen brauchen. Sie brauchen nicht zu erwägen, ob ihre Tätigkeit bei dem einen anstößt oder des anderen Interessen verletzt. Ihre Kritik kann stets eine offene, rücksichtslose sein, ohne Ansehen der Person, die dabei in Mitleidenschaft gezogen wird.

Den Fleiß, die Sachkenntnis und Arbeitsfreudigkeit der Genossen in den Gemeindeverwaltungen erkennen selbst die Gegner an, die trotzdem der Sozialdemokratie alle möglichen Hindernisse bereiten, ihr Ein- und Vordringen in den Gemeindeverwaltungen zu erschweren. Es ergibt, daß im letzten Jahre die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern von 2210 auf 2497 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 6431 auf 7729 gestiegen ist.

Parteipresse.

Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 76 Tageszeitungen, die in 57 Druckereien hergestellt werden. Neu hinzugekommen sind seit dem 15. September v. J. „Die neue Donaupost" in Regensburg, ein Kopfblatt der „Münchener Post", und seit 1. Juli d. J. das „Neumärkische Volksblatt" in Landsberg an der Warthe, das in der Kottbuser Druckerei hergestellt wird. Die Görlitzer Genossen eröffneten im März d. J. den Betrieb ihrer Produktivgenossenschaft „Arbeiterdruckerei" im eigenen Heim. Die Genossen des Görlitzer Agitationsbezirks haben dieses Werk ganz aus eigener Kraft errichtet. Am Tage der Betriebseröffnung waren für 125 875 Mk. Genossenschaftsanteile eingezahlt.

Seit dem 1. Oktober v. J. erscheint in Punktierschrift als Organ für die Blinden deutscher Zunge „Die Neue Zeit" viermal jährlich. Das Blatt hat in den Kreisen der blinden Genossen überraschend schnell Eingang gefunden.

Über die der Parteipresse aus der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse gibt der Kassenbericht Auskunft.

Mit dem Sozialdemokratischen Pressebureau beschäftigte sich eine Redakteurkonferenz, die am 20. April d. J. stattfand und für die Arbeiten des Pressebureaus beherzigenswerte Winke gab. Bis zum Vorjahre wurden die Kosten des Bureaus auf die Parteipresse umgelegt, die hierzu nach ihrer Leistungsfähigkeit in sechs Klassen eingeteilt worden war, wobei die Parteikasse für die kleinen Blätter aufzukommen hatte. Das Steigen der Ausgaben veranlaßte Wünsche wegen einer anderweitigen Regelung der Kostendeckung. Der Parteivorstand und der Beirat des Pressebureaus entwarfen einen neuen Finanzplan, nach welchem die Parteiblätter sich zu festen Beiträgen verpflichteten, die in Vierteljahrsraten gezahlt werden. Der Jahresetat wurde auf 46 000 Mk. festgesetzt, wovon die Parteipresse 32 000 Mk. an Beiträgen aufbringt. 4000 Mk. gehen für die Vermittelung der Nachrichten an die Gewerkschaftspresse ein. Die Parteikasse hat nach dem Voranschlag 10 000 Mk. Jahreszuschuß zu zahlen. Diese neue finanzielle Regelung hat sich bewährt. Die Auslagen für Telephongespräche sind nach dem in Essen angenommenen Statut extra zu bezahlen. Es erhalten 21 Parteiblätter ständig telephonische Nachrichten.

Über den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

„Vorwärts" 1909/1910.

A. Eingänge: Abonnementsgelder durch Expedition 1 076 694,20 Mk., Abonnementsgelder durch die Post 60 739,85 Mark, Inserateneinnahme 497 185,45 Mk., Überschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition 6744,15 Mk., Gesammteinnahme 1 641 363,65 Mk.

B. Ausgänge: Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Überweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare usw.) 86 490,25 Mk. Mitarbeiter: Politik 37 100,60 Mk., Soziales und Gerichtliches 8138,80 Mk., Gewerkschaftliches 9395,95 Mk., Versammlungen 2005,85 Mk., Lokales 10 551,85 Mk., Vorort 4777,85 Mk., Feuilleton 17 108,95 Mk., Redakteure 72 664,10 Mk., Depeschen und Parlamentsberichte 3760 Mk., Neue Welt 60 800,85 Mk., Gehälter der Expedition 29 687,45 Mk., Gerichtskosten 4646 Mark., Redaktionsbibliothek 1374,05 Mk., Druckrechnung 1 170 237,70 Mk., Gesamtausgabe 1 518 740,25 Mk., Gewinn 122 623,40 Mk., wie oben unter A 1 641 363,65 Mk. Der Gesamt-Überschuß beträgt 122 623,40 Mk.

„Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit," sagte der Mann mit einem scheuen Blick zuerst nach seinem Nachbar und dann nach dem aufwartenden Malayen — „und was habe ich alles in der Zeit erlebt!" Er drehte sich etwas überrascht um, denn dicht hinter ihnen begann eine Spieldose mit einem Werk, das wenigstens eine anderthalb Fuß lange Walze drehte, mitten in einem Tanz, mitten aus einem Takt heraus, in dem sie abgelaufen stehen geblieben war, ihr nicht unharmonisches Getön. Auch Salomon Holderbreit wandte rasch den Kopf und sie sahen jetzt, wie ein Mann in der bequemen leichten Tracht der Tropen, einen breiträndigen Strohhut auf und ein Paar geflochtene chinesische Pantoffeln an den Füßen, mit stillem Behagen sich seiner Überraschung freute und liebevoll bald auf das Instrument, bald wieder auf die Gäste sah. Er ließ sie übrigens nicht lange in Zweifel, wen sie vor sich hätten, sondern mit einem gemütlichen Kopfnicken beide grüßend, legte er seine rechte Hand breit auf die Brust und sagte:

„Willem Soltersdrop, meine Herren, Wirt zu Bandong, der sich eine Ehre daraus macht, Sie bei sich zu sehen. Wie gefällt Ihnen meine Musik, heh?"

Der Spielkasten hatte indessen den Bauernwalzer aus dem Freischütz, dem gestern nur noch ein paar Takte fehlten, beendet, schnurrte und hämmerte ein paar mal auf die derartigen Instrumenten eigentümliche Weise und ging dann, ohne vorherige Warnung, direkt in einen feierlichen Choral über, in dem aber leider ein oder zwei Stifte fehlen mußten. Gerade an entscheidender Stelle störte dies den Effekt bedeutend. Willem Soltersdrop wußte das auch, aber da es nur in dem Choral war und er genau die Stelle kannte, so hustete er jedesmal heftig, sowie es den Takt erreichte und rettete so die Ehre seines Instruments.

„Komm' ich gerade recht," fuhr er fort, als beide Gäste aus leicht begreiflichen Gründen den Mann wie seinen Musikkasten aufmerksam betrachteten, „habe den Mittag ein kleines Schläfchen gehalten und wieder vollen Appetit, von neuem zu beginnen. — Schweres Leben das, in einem — ahem — ahem — ahem — der nichtsnutzige Husten — ahem — ahem — ahem — schweres Leben das, in einem so heißen Land."

„Wollen Sie sich nicht zu uns niedersetzen, Mynheer —?"

„— Soltersdrop."

„Mynheer Soltersdrop," sagte Holderbreit freundlich und warf unwillkürlich einen Blick dabei auf seinen Nachbar, dessen gelbes Antlitz noch um einen Schatten strohfarbener geworden war. Allerdings konnte man es ihm nicht verdenken, daß ihn die Gegenwart des jetzigen Mannes seiner früheren Frau aufregte — es blieb immer ein eigentümlicher Verwandtschaftsgrad, indem er zu ihm stand und Holderbreit fürchtete nur, daß er sein Interesse zu sehr zeigen und sich dadurch vielleicht verraten würde. Valentijn Joost besaß aber mehr Fassung, als er ihm im Anfang zugetraut und während sich seine dünnen, kaum sichtbaren Augenbrauen allerdings immer höher hinaufzogen, lächelte doch der untere Teil des Gesichts ganz vergnügt den Nebenbuhler an und schien sich besonders über die Musik zu freuen.

„Warum das nicht", erwiderte indessen Willem Soltersdrop, der eine sehr gesellschaftliche Natur besaß — „Sapada, mir noch einen Teller her und ein Glas — aber mit wem habe ich denn eigentlich die Ehre?"

„Salomon Holderbreit — Missionar der evangelisch-lutherischen Kirche —"

„Sehr angenehm, Ihre werte Bekanntschaft zu machen — werden nur hier verdammt wenig zu bekehren kriegen — und Sie?"

„Everard Joost, Kommis der Maatschappey zu Batavia", log Valentin Joost mit einer solchen Unverschämtheit, als ob er nur seinen alltäglichen Namen nenne. Der Geistliche erschrak auch in der Tat über diese gar nicht vermutete „Fassung" seines neuen Freundes. Der Wirt aber fühlte sich jetzt, noch dazu da die Spieldose auch sein Lieblingslied „Freut euch des Lebens" begann, vollkommen zufriedengestellt und mit den hereingebrachten Speisen und dem vortrefflichen Wein — über dessen Existenz er ganz erstaunt schien — befand er sich ausnehmend wohl.

Die Mahlzeit unterbrach Mynheer Soltersdrop nur ein einziges Mal, um seine Spieldose wieder aufzuziehen und nach seiner Frau zu fragen; dann setzte er sich wieder zu seinen beiden Gästen an den Tisch und freute sich ungemein über die fabelhafte Freigebigkeit, mit der „Everard Joost" eine Flasche des vortrefflichen Weines nach der andern bestellte. Noch saßen die drei in voller Gemütlichkeit bei den immer wieder aufs neue gefüllten Gläsern, obgleich Holderbreit selber nur sehr mäßig von dem starken Getränk versuchte. Er blieb auch in der Tat nur bei Tisch noch sitzen, um seinen neugefundenen Freund zu überwachen, damit dieser nicht, vielleicht vom Weine erregt, sich eine unvorsichtige Äußerung entschlüpfen lasse — eine übrigens unnötige Vorsicht. Während also die drei Herren noch um den Tisch saßen und jetzt zum Dessert die herrlichen Früchte verzehrten, welche ihnen die Umgegend in reichster Auswahl bot, rasselte ein leichter Wagen vor die Tür und ein paar „nußbraune" Hausknechte und Markeure stürzten rechts aus dem Hof und links um das Haus herum, das Gepäck in Empfang zu nehmen, das die beiden darin sitzenden Reisenden mitgebracht haben möchten.

„So", sagte der ältere von ihnen, als er, die Hilfe der Malayen verschmähend, allein herausprang, „da sind wir am Ziel, Wagenaar, und eine tüchtige Tour haben wir gemacht".

„Es war aber auch Zeit, daß wir Dach und Fach erreichten", meinte Wagner, „denn die Wolke dort über dem Gede hat nicht umsonst gedroht. Wir werden gleich einen tüchtigen Schauer bekommen".

„Jetzt, sobald es gefällig ist", lachte Lockhaart — „hinein mit dem Gepäck, Ihr Schlingel, und daß der Wagen augenblicklich unter einen Schuppen kommt — so und nun zu unserer Leibesstärkung."

Die beiden Herren traten durch die hohe Glastür, die in den mittleren Speise- und Gesellschaftssaal führte und während Wagner, ohne sich irgend um die übrigen Gäste zu kümmern, gerade hindurch ging, sein eigenes Zimmer zu erreichen, warf Lockhaart einen raschen Blick durch den Saal, der im nächsten Moment erstaunt auf dem bekannten Gesicht des Geistlichen haftete.

„Alle Teufel!" rief er, ordentlich überrascht vor diesem stehen bleibend, „wie kommen Sie hier in die Berge? — Ist Ihnen denn der Paß schon ausgefertigt worden?"

„Dank Ihrer gütigen Fürsprache, ja", sagte Holderbreit, der etwas verlegen von seinem Stuhl aufstand und auf Lockhaart zuging. Er hätte ihm auch sehr gern eine Hand zur Begrüßung gereicht, da aber Lockhaart in der einen ein kleines Reisetäschchen, in der andern eine Zigarrenkiste trug und nicht die geringste Miene machte, eins oder das andere abzulegen, so wußte er nicht, wie er es anfangen sollte. — „Ich hatte mir allerdings vorgenommen noch einmal zu Ihnen zu kommen und Ihnen meinen besonderen Dank auszusprechen," fuhr er endlich, da Lockhaarts Auge jetzt nach Herrn Joost hinüberschweifte, schüchtern fort — „aber die — die Zeit drängte so."

(Fortsetzung folgt.)

Gegen das Vorjahr ist demnach der Reingewinn des „Vorwärts“ um rund 11 500 Mk. höher, trotzdem der Umfang des Blattes um 52½ Bogen gewachsen ist, wovon 29½ Bogen auf den redaktionellen Teil (inkl. 6 Extranummern) entfallen. Das erklärt sich daraus, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre die Inserate eine Mehreinnahme von rund 68 000 Mk. aufweisen und der Abonnentenstand sich wiederum um 17 000 (auf 139 000) gehoben hat, nachdem er infolge der auf Berlin (mit 100 000 Arbeitslosen) besonders stark lastenden industriellen Krise bis auf 122 000 gesunken war.

„Die neue Zeit“. (1. Januar bis 31. Dezember 1909.)

A. Eingänge: 62 957 Mk. B. Ausgänge: 61 619,90 Mk. Gewinn-Saldo 1 337,10 Mk. Der Abonnentenstand betrug Ende 1908 8 500, Ende 1909 9000.

„Der Wahre Jacob“. (1. Januar bis 31. Dezember 1909.)

A. Eingänge: 272 336,58 Mk. B. Ausgänge: 235 803,29 Mk. Gewinn-Saldo 36 533,29 Mk. Der Abonnentenstand betrug Ende 1908 230 000, Ende 1909 250 000.

Buchhandlung Vorwärts.

Der Warenumsatz betrug 570 665,24 Mk., gegen das Vorjahr 58 938 Mk. mehr.

Der Bildungsausschuß hat sich von Anbeginn seiner Tätigkeit an nicht als eine bureaukratische Zentralbehörde betrachtet, die nach bestimmten Schablonen und vorgefaßten Meinungen das parteigenössische Bildungswesen einzurichten hat, sondern lediglich als eine anregende, ratende und helfende Körperschaft, die sich in allen Bildungsangelegenheiten den Arbeiterorganisationen zur Verfügung stellt. Der Bericht enthält eine eingehende statistische Erhebung über die Bildungsarbeit; ferner wurden die Arbeiten des Bildungsausschusses durch Einführung wissenschaftlicher Wanderkurse, durch Prüfung von Jugendschriften und Wandschmuck, durch Einführung in Dramen und Opern sowie durch künstlerische Veranstaltungen gewürdigt.

Auch die Parteischule erstattet ihren vierten Jahresbericht. Die Schülerzahl betrug 27. Die Zahl der Unterrichtsstunden 820.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung war wieder ungeheuerlich. Gegen Genossen, die für die Partei und die Gewerkschaften tätig waren, wurde von deutschen Gerichten im Berichtsjahre an Strafen erkannt: 36 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 1 Tag Gefängnis- und 30 524 Mark Geldstrafen.

Das sind um 2000 Mk. Geldstrafen und 9 Jahre Gefängnis mehr als im Vorjahre.

Mit dem Reichsvereinsgesetz finden sich in vielen Gegenden des Reiches die Behörden immer noch nicht ab. Das neue Recht wird dadurch korrigiert, daß vielfach zur Auslegung die ältesten Jahrgänge der Reichsgerichtsentscheidungen, ja gar Oberlandesgerichtsurteile aus der Zeit des Sozialistengesetzes herangezogen werden. Im Reichstag wurde das Vorgehen dieser Behörden von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion unter Vorführung einer Fülle von Beweismaterial zur Sprache gebracht, und für die diesjährige Herbsttagung des Parlaments ist bereits neues Material reichlich vorhanden.

Ihren internationalen Verpflichtungen kam unsere Partei durch Betätigung des Solidaritätsgefühls bereitwilligst nach.

Das englische Organ unserer amerikanischen Genossen „The New York Call“ hat einen schweren Kampf unter ungünstigen Umständen zu führen. Es wurde uns berichtet, daß trotz der erheblichen Opfer, die die amerikanischen Genossen brachten, das Blatt in finanziellen Nöten sei. Der Parteivorstand bewilligte 10 000 Mk., damit die amerikanischen Genossen ihren Kampf gegen den rücksichtslosesten Kapitalismus der Welt fortsetzen können.

Unsere spanischen Genossen führten unter dem Kriegszustand gegen das reaktionäre Regime einen heldenhaften Kampf, der große Opfer an Mut und Gut heischte. Auf Ersuchen bewilligte der Parteivorstand für die Opfer des spanischen Schandregiments 5000 Fr. und weiter 5000 Fr., die den spanischen Genossen helfen sollen, ihr Wochenblatt „El Socialiste“ in ein Tageblatt umzuwandeln. Der Sozialismus macht in Spanien gute Fortschritte. Wir erlebten die Freude, daß unser alter Kämpe Iglesias in diesem Jahre als erster sozialistischer Deputierter seinen Einzug in die Cortes hielt.

An das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die sozialdemokratische Partei Deutschlands jährlich 2000 Mk.

Der Bericht gedenkt dann unserer Toten und erteilt zum Schluß den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen der Partei betragen 935 409,86 Mk., die Gesamtausgaben 815,557,87 Mk. Zur Kapitalanlage wurden 119 138 Mk. verwandt.

Die Steigerung der Ausgaben ergibt sich aus der erhöhten Tätigkeit, welche die Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entfaltet. So sind die Ausgaben für allgemeine Agitation gegen das Vorjahr um rund 60 000 Mk. gestiegen. Die Mehrausgabe für Wahlagitation beträgt rund 32 000 Mk. Sehr gestiegen ist auch der Ausgabeposten für Unterstützungen. Diese Steigerung ist zum guten Teil durch die Beihilfen verursacht worden, die die deutsche Partei den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Brüdern in Schweden gewährte.

Auch das Darlehnskonto weist gegen das Vorjahr eine erhöhte Ausgabe von rund 30 000 Mk. auf, während die Rückzahlungen niedriger sind. Gegenüber dem alljährlich wiederkehrenden kindischen Gerede der Gegner über die „Pumpwirtschaft“ in der sozialdemokratischen Partei wollen wir hier ausdrücklich betonen, daß es die selbstverständliche Aufgabe der Zentralstelle ist, überall da helfend einzugreifen, wo die an die Partei herantretenden großen Aufgaben mit den lokalen Mitteln nicht gelöst werden können. Das gilt sowohl für die Darlehen, welche den einzelnen Landesorganisationen bei großen Aktionen gegeben werden, wie auch für die Darlehen für Zwecke der Vergrößerung und Neuerrichtung von Parteigeschäften. Die Entwickelung unserer Presse zwingt die Parteigeschäfte fortdauernd zu Erweiterungen ihres Betriebes, die sich bei der Größe der Anlagen meist so kostspielig gestalten, daß auch große und alte Parteiorte sie nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, sondern die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen müssen.

Die Gegner können also die Sorge um unsere Darlehen ruhig uns selbst überlassen. Die Kreditgewährung der sozialdemokratischen Zentralkasse ist wohl fundiert und durch hohe materielle und moralische Werte gedeckt.

Sehr zurückgegangen sind die Ausgaben für das Sozialdemokratische Pressebureau, das jetzt nur noch einen niedrigen Zuschuß erfordert.

Im einzelnen verteilen sich die gesamten Einnahmen und Ausgaben auf die verschiedenen Konten wie folgt:

Bericht
über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse
vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.

A. Einnahmen. Von den gesamten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen 521 209,09 Mk., Darlehnskonto 52 554,55 Mk., Zinsen 19 221,92 Mk., Überschuß des „Vorwärts“ 113 231,85 Mk., Überschuß der Vorwärts-Buchhandlung 25 000 Mk., Überschuß des „Wahren Jakob“, der „Neuen Zeit“ und „Gleichheit“ 45 435,37 Mk., Nordische Wasserkante X. Y. Z. 144 564,68 Mk., Vermischte Einnahmen 14 192,45 Mk.[1], Summe 985 409,86 Mk., Bestand vom 30. Juni 1909 69 348,45 Mk.

B. Ausgaben. Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation 299 133,35 Mk.[1], Wahlagitation 47 595 Mk., Unterstützungen 70 128,04 Mk., Prozeß- und Gefängniskosten 2 297,28 Mk., Parteischule 41 454,96 Mk.[2], Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben 44 519,11 Mk., Darlehnskonto 152 565,60 Mk., Preßunterstützungen 101 156 Mk., Sozialdemokratische Parteikorrespondenz 18 814,89 Mk.[3], Sozialdemokratisches Pressebureau 17 759,26 Mk.[4], Archiv 8 416,14 Mk., Vermischte Ausgaben 11 718,89 Mk., Summe 815 557,97 Mk., Ausgabe für Kapitalanlage 119 138 Mk., Kassenbestand am 30. Juni 1910 70 062,84 Mk.

C. Ausgaben für die Parteipresse im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rheinisch. Ztg.“	3 000,—	Mk.
„Bayrisches Wochenblatt“	2 000,—	„
„Kasseler Volksblatt“	4 094,35	„
„Freie Presse“, Straßburg	12 300,—	„
„Gazeta Robotnicza“	13 200,—	„
„Königsberger Volkszeitung“	12 000,—	„
„Lüdenscheider Volksstimme“	3 000,—	„
„Mainzer Volkszeitung“	2 000,—	„
„Mülhauser Volkszeitung“	11 554,80	„
„Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“	4 000,—	„
„Niederrheinische Volkstribüne“	6 120,—	„
„Nordhäuser Volkszeitung“	1 000,—	„
„Offenburger Volksblatt“	4 145,90	„
Russische Parteiblätter	4 000,—	„
„Saalfelder Volksblatt“	1 000,—	„
„Schwäbische Volkszeitung“, Augsburg	7 500,—	„
„The Call“, Neuyork	10 040,95	„
„Volksblatt“, Mühlhausen i. Th.	200,—	„
Summa	101 156,—	Mk.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Unter den vermischten Einnahmen befinden sich auch die Rückzahlungen des Sozialdemokratischen Pressebureaus mit 3900,— Mk., wie auch die Einnahmen aus dem Nachrichtendienst für die Gewerkschaftspresse mit 4666,— Mk.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter den Kosten der allgemeinen Agitation befinden sich auch die Ausgaben für den Bildungsausschuß mit 9895,90 Mk., sowie die Kosten der vom Bildungsausschuß veranstalteten Wanderkurse mit 7310,— Mk.

[2]) Die Ausgaben für die Parteischule setzen sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Einmalige sachliche Ausgaben 534,49 Mk., einmalige persönliche Ausgaben an Schüler 1741,12 Mk., Gehälter der Lehrer 12 655,— Mk., Monatsgelder der Schüler 21 525,— Mk., Miete, Beleuchtung, Reinigung usw. 4399,35 Mk., diverse kleine Ausgaben 600,— Mk.

[3]) Die Kosten der „Partei-Korrespondenz“ beziffern sich im einzelnen auf 9325,— Mk. Druckkosten, 3900,— Mk. Ausgaben für die Redaktion 2653,75 Mk. Kosten der Expedition, 2600,— Mk. Ausgaben für Portis und 336,14 Mk. diverse Ausgaben.

[4]) Wie bereits in den Erläuterungen zu den Einnahmen bemerkt ist, hat das Sozialdemokratische Pressebureau aus seinen Einnahmen 3900,— Mk. an die Parteikasse zurückgezahlt. Dazu kommen noch 4666,— Mk. Einnahmen aus dem Nachrichtendienst für die Gewerkschaftspresse, so daß die eigentliche Aufwendung der Zentralkasse für das Pressebureau 9193,26 Mk. beträgt.

Aus der Partei.

Abgeblitzt. Der Berliner Polizeipräsident hatte bekanntlich ein Strafverfahren gegen Genossen Mehlich, den Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, veranlaßt wegen des Abdruckes zweier Gedichte in der Unterhaltungsbeilage; der bekannte Aufreizungsparagraph sollte wieder einmal seine Schuldigkeit tun. Doch der Dortmunder Staatsanwalt hat mit diesem Paragraphen wenig Glück gehabt. Zweimal schon wurde Genosse Beyer von der „Arbeiterzeitung“ wegen Aufreizung zum Klassenhaß unter Anklage gestellt und — freigesprochen. Dann erhielt Genosse Umbreit eine gleiche Anklage wegen des Massenliederbuches. Resultat: Freisprechung. Diese Spuren schrecken. Zwei Tage nach der verantwortlichen Vernehmung Mehlichs verfügte der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens. Der Berliner Polizeipräsident wünschte bekanntlich über den weiteren Verlauf der Angelegenheit unterrichtet zu werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Differenzen im Holzgewerbe. In Ziegenhals sind 120 Tischler in den Streik getreten. Die Unternehmer weigern sich, eine fünfprozentige Lohnerhöhung und die 53stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Einen diesbezüglichen Tarif wollen die Unternehmer nicht anerkennen. — In Kattowitz O.-S. haben die Holzarbeiter ihre Kündigung eingereicht. Sie verlangen einen Tarif, wie er für die übrigen Städte des Industriereviers bereits besteht. Die Verhandlungen auf gütige Erledigung der Streitigkeiten scheiterten an dem starken Widerstand der Unternehmer. Es steht daher ein langer, hartnäckiger Kampf bevor.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse. Trotz aller Ableugnungsversuche geht es überall mit der durch Unternehmergeld aufgepäppelten gelben Bewegung mit Riesenschritten bergab und die geschaffenen und in Aussicht gestellten „Wohlfahrtseinrichtungen“ hindern durchaus nicht, daß die betörten, in die gelben Werkvereine gepreßten Arbeiter das Unwürdige ihrer Lage erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. So auch in Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung. Es ist daher begreiflich, daß die Hintermänner der gelben Arbeiterzersplitterung nach Mitteln suchen, um die Arbeiter zu fesseln. Wie nun die letzte Nummer der „Wehr“ (das in Augsburg erscheinende Organ der gelben Arbeitervereine) mitteilt, hat die Gründung einer gelben Zentralunterstützungskasse stattgefunden, die ihren Sitz in Augsburg hat. Die Gründung dieser Kasse ist bekanntlich schon auf der gelben Tagung in Kiel Ostern 1908 beschlossen worden. Über ihre Vorgeschichte verbreitet sich in einer jüngst in Augsburg abgehaltenen gelben Versammlung der als eifriger Förderer der Gelben bekannte Prokurist Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg, nebenbei auch Vorstandsmitglied des bayerischen Metallindustriellenverbandes. Einige seiner Ausführungen sind sehr interessant. Er erzählt z. B., daß nach der ersten Berechnung für die Zentralkasse ein Gründungsfonds von 35—40 000 Mk. notwendig geworden wäre, andernfalls die Genehmigung durch das Reichsaufsichtsamt nicht erteilt worden wäre. Leider hätte die Gründung aber bisher nicht stattfinden können, weil wohl einige Arbeitgeber sich bereit erklärt hätten, zum Gründungsfonds beizusteuern, die großen Arbeitgeberverbände hätten jedoch eine abwartende Stellung eingenommen; auch sei durch das unbegreifliche Vorgehen von sonst befreundeter Seite Unklarheit und Verwirrung verursacht worden. Dann sagte Pfeiffer in bezug auf die tätige Mithilfe des Reichsaufsichtsamtes an dieser famosen Gründung:

„Ich konstatiere mit besonderem Vergnügen und Dankbarkeit, daß genannte hohe Behörde unsere Sache in entgegenkommendster Weise aufnahm, bei den mehrfachen Konferenzen wertvolle Aufschlüsse und Ratschläge, weit über das dienstliche Maß hinaus, und schließlich uns solche Vergünstigungen gab, daß es uns möglich wurde, ohne versicherungstechnisches Gutachten, ohne erheblichen Gründungsfonds, den Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Das Schriftamt hat den Dank hierfür nach Genehmigung der „Zentral-Unterstützungskasse“ bereits dargebracht.“

Allerhand Hochachtung vor dem Entgegenkommen des Reichsaufsichtsamtes den Gelben gegenüber. Ob man anderen, nichtgelben Arbeiterorganisationen ein ähnliches Maß von Entgegenkommen zeigen würde, bezweifeln wir. Die gelben Werkvereine haben also jetzt eine Zentralunterstützungskasse von Unternehmergnaden und mit dem Gelde der Unternehmer gegründet. Wie blutiger Hohn klingt es, wenn in Ansehung dieser Tatsachen der gelbe Protektor Pfeiffer zu den gelben Arbeitern sagt: „Hoffen wir, daß die nunmehr geschaffenen Verbesserungen in der Freizügigkeit unserer Mitglieder reiche Früchte bringen.“ — Die Früchte der neuen gelben Wohltat heimst aber lediglich der Unternehmer ein. Denn die gelben Arbeiter werden nach wie vor auf die Straße geworfen werden.

Ein großer Erfolg der ungarischen Holzarbeiter. Die Budapester Tischlereiarbeiter, rund 5000 Mann, haben soeben nach elfwöchigem Kampfe ihre Lohnbewegung mit einem vollständigen Sieg beendet. Die Unternehmer haben sämtlichen Forderungen der Arbeiter anerkennen müssen. Es wurde ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit festlegt und eine Erhöhung des Lohntarifs von 15 Proz. vorsieht. Da, wo bessere Bedingungen bisher schon vorhanden waren, dürfen sie nicht verschlechtert werden. — Die Organisation der Arbeiter hat sich durch diese Bewegung erfreulich vorwärts entwickelt. Im Jahre 1906 wurde der ungarländische Holzarbeiterverband von der Koalitionsregierung auf Betreiben der Unternehmer aufgelöst. Die neugegründete Organisation mußte dann zwei Jahre auf die Genehmigung der Statuten warten. — Jetzt nun waren die Unternehmer gezwungen, mit dem Holzarbeiterverband einen Vertrag abzuschließen.

Eine neue Majestät.

Seit gestern oder heute zählt die politische Landkarte ein Königreich und der genealogische Kalender einen König mehr. Nikolaus von Montenegro, bislang Fürst oder Häuptling oder etwas Ähnliches, hat sich, wie seit langem angekündigt, die Königskrone auf sein Haupt gesetzt und ist damit, in dem Jahre seines fünfzigsten Regierungsjubiläums, dem Beispiel gefolgt, das ihm kurz nach der jungtürkischen Revolution Ferdinand von Bulgarien gegeben hat. Auf der Balkanhalbinsel, wo vor hundert Jahren der Großtürke unbeschränkt und unbestritten herrschte, haben wir jetzt lauter christliche Königreiche; mit dem jüngsten sind es ihrer fünf, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland und eben die Tschernagora, das Land der schwarzen Berge. Die historische Bedeutung dieser neuesten Königsschöpfung ist nun keinesfalls übermäßig groß, kaum größer als die jenes Königreichs, von dem das Studentenlied zu singen und zu sagen weiß:

Ganz Europa wundert sich nicht wenig,
Welch ein neues Reich erstanden ist.
Wer am meisten saufen kann ist König,
Bischof, wer die meisten Mädchen küßt —

Denn ob Fürst ob König; Nikolaus, Herrscher über 270 000 arg geknutete Untertanen, kann und wird nie etwas anderes sein als eine Puppe auf dem Schachbrett, auf dem Rußland seine verlorene Balkanpartie spielt.

Aber seine sozusagen moralische Bedeutung hat das Ereignis trotzdem, das sich unter dem üblichen Pomp in Cettinje, dem Hauptstädtchen des Landes, vollzogen hat. Die bürgerliche Presse auch Deutschlands ermangelt bei keinem gekrönten Haupte der byzantinischen Respektsbezeigungen und auch für den neugebackenen König, „den schlichten, biedern Nikolaus“, „den Dichter seines Volkes“, fallen ein paar Brocken ab, und nur, wer sich ganz frivol und frevlerisch vorkommt, nennt ihn wohl den „König der Hammeldiebe“.

Aber für alle Hammeldiebe des Balkans ist es eine ehrenrührige Beleidigung, wenn man den Montenegriner als den obersten ihrer Gilde anspricht. Kein harmloser Hammeldieb, nein! ein Scheusal triefend von Blut und Schmutz, ist es, das mit Nikolaus einen güldenen Königsthron besteigt und dem von den europäischen Monarchen als einem par inter pares, einem Gleichen unter Gleichen, eifrig Glück gewünscht wird. Schon die Thronbesteigung des braven Nikolaus stand unter einem blutigen Stern. Sein Onkel Danilo, der vor ihm den montenegrinischen Herrscherstab führte, hatte durch seine Perjaniki, seine Leibwächter oder besser Leibbanditen, eine schöne Frau aus der Sippe Kaditsch rauben lassen und vergewaltigte sie in seinem Hause. Der Gatte der Geschändeten nahm nach der Sitte eines Landes, in dem mit der Urwüchsigkeit der Produktionsverhältnisse eheliche Treue und Achtung vor der Frau Hand in Hand geht, blutige Rache: am 1. Aug. 1860 fiel Danilo in Cattaro unter seinen Streichen. Nikolaus, der Jubelgreis von heute, folgte Danilo und begann seine Verbrecherlaufbahn damit, daß er den Rächer der Frauenehre, Todor Kaditsch, samt achtzig Mitgliedern der Sippe Kaditsch abschlachten und ihre Häuser niederbrennen ließ, was dem Fürsten noch den realen Vorteil abwarf, daß er die Grundstücke des Geschlechtes für sich einziehen konnte. Von diesem Tage an zieht sich eine blutige Spur durch das halbe Jahrhundert, das zum Leidwesen des montenegrinischen Volkes Nikolaus schon regiert.

Ein Barbar durch und durch — schweifwedelnd lobt die bürgerliche Presse seine französische Bildung! — und ein grimmer Feind jeder Aufklärung, traf er mit dem vernichtenden Strahl seiner Willkür besonders gern die Intellektuellen. Kreisvorstände, Lehrer, Juristen, Richter, lange Reihen mit Namen aufzuzählen, räumte er gleichmütig aus dem Wege, wenn ihm das Gesetz nicht die mindeste Handhabe bot, durch eine Kugel aus dem Hinterhalt oder durch Gift. So ließ er den Volkshelden Milosch Schanlitsch vergiften und dessen Freund, den Gerichtspräsidenten Tomitsch, im Kerker erst mißhandeln, dann mit Petroleum begießen und verbrennen!!!

Auch unter den Abgeordneten der ersten montenegrinischen Nationalversammlung, die im Jahre 1901 zusammentrat, räumte der Despot furchtbar auf. Zwei Abgeordnete wurden meuchlings umgebracht, acht des Landes verwiesen und alle übrigen, samt den Ministern, in ungesunde Kerker geworfen, wo heute, aus politischen Gründen oder um der reinen Rachsucht des neuen Königs willen, 250 der besten und ehrlichsten Männer Montenegros schmachten. In aller Erinnerung ist noch die Wosojewitsch-Affäre des vergangenen Jahres, bei der Nikolaus, unter dem Vorgeben eines Komplotts, 940 Personen auf gut Glück verhaften und ihrer ein Dutzend standrechtlich ermorden ließ.

Aber so zügellos der Blutdurst dieser gekrönten Bestie ist, ihre Raubgier ist noch weit zügelloser. Als ein armer Teufel trat Nikolaus die Herrschaft an und heute überschaut er frohen Blickes ein viele Millionen zählendes Vermögen, das er auf ausländischen Banken zinstragend und sicher angelegt hat. Wie er dieses Vermögen im einzelnen zusammengekratzt hat, ist mehr als interessant. Während des serbisch-türkischen Krieges erhielt er zu Kriegszwecken Geld von Serbien — flugs verschwand es in seiner Tasche. Für die herzegowinischen Insurgenten bekam er von Rußland zehn Millionen Rubel und zwölf Schiffsladungen Lebensmittel, Kleidung und andere Gegenstände. Die Insurgenten reckten vergebens die Hälse nach Geld und Sachen, indes die Rubel lustig in Nikoläuschens Tasche klingelten. Als die Herzegowiner Insurgenten die Waffen streckten, erhielt er von Österreich-Ungarn zwei Millionen Gulden zur Beruhigung der Aufständischen. Er beruhigte damit vorläufig seine eigene Habgier. Als 1882 in der dalmatinischen Krivoschie ein Aufstand ausbrach, half Nikolaus Österreich-Ungarn bei der Niedermetzelung seiner eigenen Stammesbrüder: Trinkgeld: eine Million Gulden! Von der Türkei bezog Nikolaus bis zur Absetzung Abdul Hamids für gute Freundschaftsdienste das Jahreseinkommen eines Großwesirs; gleichzeitig warf ihm ein Geheimvertrag mit Österreich-Ungarn jährlich 50 000 Kronen ab, die im vergangenen Jahre auf 200 000 erhöht wurden. Für das stehende Heer in Montenegro, das allerdings nur einer Schachtel Bleisoldaten entspricht, gewährt Rußland einen jährlichen Zuschuß, der ebenfalls spurlos in der Tasche des Herrschers verschwindet. Als vor sieben Jahren das Tabakmonopol eingeführt wurde, erhielt Nikolaus von einer italienischen Aktiengesellschaft eine halbe Million Franken als Trinkgeld und wurde einer der Hauptaktionäre dieser Gesellschaft, während das Land die Dividenden garantiert. Und so fort mit Raub und Diebstahl, und so fort mit Unterschlagung und Betrug, derart, daß heute ein Fünftel des montenegrinischen Nationalbesitzes Eigentum des Nikolaus ist, darunter die rentabelsten Fabriken, die besten Wiesen, Felder, Wälder, Mühlen und Handelsgeschäfte — dem Volk gehört das dürre Gestein der schwarzen Berge.

Wenn der Ekel der Feder nicht Halt geböte, ließe sich leicht die Reihe der Bluttaten und Räubereien dieses grauen Sünders bis ins Endlose fortsetzen. Aber, was gesagt wurde, genügt wohl, um darzutun, um was für eine Nummer die Könige Europas mit ihrem Nikolaus bereichert werden und wem die Lobeshymnen der bürgerlichen Schmocks erklingen. Und auch er ist von Gottes Gnaden!

Aus dem Gerichtssaal.

Durch Not zum Diebstahl getrieben. Vor dem Dresdner Landgericht hatte sich eine arme Arbeiterehefrau, die bereits mit dem Makel einer Anzahl Vorstrafen behaftet war, abermals zu verantworten. Die bitterste Not hat sie zum Diebstahl getrieben. Einer von den vielen, vielen Fällen, der aber in seiner Art besonders kraß und tragisch ist. Die Angeklagte hat vom April bis Dezember 1909 in elf Fällen Kinderwagen, die in den Hausfluren unbeaufsichtigt gestanden haben, teils mit ihrem gesamten Inhalt an Betten, gestohlen, teils nur die Betten ausgeräumt. Wagen und Betten hat sie verkauft. Sie bestreitet von den ihr vorgehaltenen Fällen nur zwei. Außerdem hat die Frau eine Bodenkammer gewaltsam geöffnet und ausgeräumt. Auch hier legte sie ein Geständnis ab. Die wirtschaftliche Lage der Angeklagten ist die denkbar traurigste. Ihr Mann ist stets kränklich und meist arbeitslos gewesen, seit Mitte Dezember liegt er im Krankenhause und sollte gerade am Verhandlungstage operiert werden. Die Frau hat versucht, sich und ihre drei Kinder mit dem Verdienst durch Tabaksortieren durchzuschlagen; es hat aber nicht gereicht. Am 15. Dezember sollte sie aus der Wohnung gesetzt werden, wenn sie nicht die Miete bezahlte. Der Weg zur Armenbehörde war umsonst, sie erklärte unter Tränen: „Heute mußte ich Geld schaffen," und stahl auf der Prager Straße einen Kinderwagen mit Betten, um nur diesen Tag noch den Hauswirt zu befriedigen. Zu dieser Zeit war sie auch hochschwanger. Ihre im Dezember begonnenen Bemühungen, beim Armenamt Unterstützung zu erhalten, hatten den Erfolg, daß sie nach vielen Wegen von Pontius zu Pilatus am 15. Februar die erste Unterstützung erhielt. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. In der Urteilsbegründung wurde als mildernd anerkannt, daß sie wiederholt mit Unterstützungsgesuchen abgewiesen worden sei. Die vom Staatsanwalt beantragte sofortige Inhaftnahme lehnte das Gericht im Hinblick auf die obwaltenden Umstände ab. Immenses Elend, hartes Bemühen, die hungernde Familie über Wasser zu halten, von der Armenbehörde abgewiesen und dann — 2½ Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust! Trotz „mildernder Umstände"! Welcher sozial empfindende Mensch wollte den ersten Stein auf die Frau werfen, die unter solchen Umständen zur Diebin wurde! Sie muß büßen, aber angeklagt und verurteilt ist die heutige Gesellschaftsordnung!

Die Wahlrechtsjustiz in Halle rebelliert. Die Prozesse anläßlich der gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen in Halle zu Anfang dieses Jahres sind noch immer nicht erledigt. Mehrere von der Schubertkammer daselbst gefällte Urteile wurden vom Reichsgericht kassiert; eines von ihnen stand dieser Tage vor der Ferienstrafkammer zu erneuter Verhandlung. Die bisher verhängten harten Gefängnisstrafen waren nur möglich infolge systematischer Erschwerung der Verteidigung durch fast ausnahmslose Nichtvereidigung der Entlastungszeugen. Den polizeilichen Belastungszeugen wurde von den Halleschen Gerichten rückhaltlos Glauben geschenkt, die Privatzeugen dagegen, sofern sie zugunsten der Angeklagten aussagten, blieben wegen Verdachts der „Mittäterschaft" unvereidigt, wodurch ihre Aussagen für die Verteidigung fast wertlos wurden. Da dieses bedenkliche System auch bei den vom Reichsgericht zurückgewiesenen Sachen anwendet wurde, sah sich in der letzten Verhandlung der Verteidiger Genosse Dr. Liebknecht gezwungen, einen Vorstoß dagegen zu unternehmen. Er lehnte den Vorsitzenden der Ferienkammer in Halle, Landgerichtsrat Behm, wegen Besorgnis der Befangenheit ab und begründete das mit den angegebenen, namentlich auch auf diesen Richter zutreffenden Tatsachen. Das Gericht verwarf diesen Ablehnungsantrag und erblickte in der Begründung dazu den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung, weswegen es den Genossen Liebknecht in die höchste zulässige Ordnungsstrafe von 100 Mk. wegen Ungebühr nahm. Als Antwort lehnte Genosse Liebknecht den ganzen Gerichtshof wegen Befangenheit ab. Er führte begründend aus, daß es nach dieser Strafverhängung dem Gerichtshof unmöglich sein werde, in der anstehenden Sache objektiv zu urteilen. Das Gericht habe nicht unterschieden zwischen objektiver Beweisführung und subjektiver Willensmeinung. Wenn es in dieser objektiven Charakterisierung die subjektive Beleidigungsabsicht finde, so sei das jedem Gericht, jedem Angeklagten und jedem Verteidiger gegenüber möglich, der einen Gerichtsvorsitzenden ablehne und den Antrag dazu begründe. Auf diese Art werde es überhaupt unmöglich gemacht, jemals einen Richter für befangen zu erklären. Diesem Antrage mußte das Gericht stattgeben und sich vertagen. Es wäre allerdings eine bequeme Manier, auf dem Wege der Verhängung von hohen Ordnungsstrafen unbequeme Kritiker am Gerichtsverfahren mundtot zu machen, fast ebenso bequem wie die systematische Entwertung unbeliebter Zeugenaussagen. Aber was sollte werden, wenn dieselbe Praxis preußischen Staatsanwälten gegenüber angewendet würde, die doch bekanntlich mit Angriffen selbst auf die persönliche Ehre mancher Angeklagten durchaus nicht sparsam sind.

Die „objektivste Behörde" der Welt. In dem großen Wahlrechtsprozeß der „Dortmunder Arbeiterzeitung" standen sich bekanntlich die Aussagen der Beamten und der Zivilzeugen schroff gegenüber. Polizei-Inspektor, Kommissar und Schutzleute bestritten, daß gehauen worden sei; die Zivilzeugen bekundeten das Gegenteil. Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Genossen Beyer, weil es den eidlichen Aussagen der Beamten Glauben schenkte. Es meldeten sich nun aber über 30 neue Zeugen, lauter unbeteiligte Zuschauer, die bekunden wollten, daß die Beamten blank gezogen und gehauen haben. Daraufhin erstattete Genosse Beyer Meineidsanzeige. Jetzt endlich, nach vier Monaten, ist der Bescheid erfolgt, daß das Verfahren gegen die des Meineids Bezichtigten eingestellt sei. Es ist aber auch kein einziger der neu benannten Zeugen vernommen worden. Der Staatsanwalt meint, das Gericht würde deren Zeugnis nicht anders bewerten, als das der beteiligten Zivilzeugen im Prozeß Beyer. Mit anderen Worten: Dem Staatsanwalt gilt nur, was die Beamten aussagen. Es wird Beschwerde gegen den Bescheid des Staatsanwalts erhoben werden.

Aus Nah und Fern.

Der neueste Grenzmord. An der preußisch-russischen Grenze unweit Memel wurde ein in preußischen Diensten stehender russischer Untertan, der im Rausche aus Versehen die Grenze überschritten hatte, von einem Kosaken erschossen. Vielleicht unternimmt Herr v. Bethmann-Hollweg einmal eine Bittfahrt nach Petersburg, um auf diese Art eine Einschränkung der Grenzmorde zu erreichen. Energisches Auftreten gegen die barbarischen Gewohnheiten der russischen Grenzkosaken scheint dem Kanzler bedenklich zu sein, man kann ja nicht wissen, zu welchen Diensten man die Russen noch einmal brauchen kann.

Zur Bock-Affäre. Gegen den Rektor Robert Bock laufen bei der Kriminalpolizei noch immer Anzeigen ein, in denen der Behörde von weiteren sittlichen Verfehlungen Bocks gegen Schülerinnen und schulentlassene Mädchen Mitteilung gemacht wird. Bisher haben sich sämtliche, auch die schwersten Behauptungen, die gegen Bock in den Hunderten von Anzeigen erhoben worden sind, als wahr herausgestellt. Die verhörten Mädchen haben auch Bekundungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß Rektor Bock und der ebenfalls verhaftete Lehrer Knöfel manche Sittlichkeitsattentate in dem Amtszimmer gemeinsam verübt haben. Bock und Knöfel bestreiten nach wie vor alles.

Folgenschwere Explosion. Auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg (Unterfranken) fuhr eine Maschinengewehrabteilung des 17. Infanterie-Regiments über einen sogenannten Blindgänger, der explodierte und einen Soldaten lebensgefährlich, drei weitere schwer verletzte.

Vom Zuge zermalmt. Aus Köln wird gemeldet: Aus einem Pilgerzuge von Kevelaer stieg auf dem Bahnhof Neuß eine Dame auf der verkehrten Seite aus, wurde von einem Güterzuge erfaßt und auf der Stelle getötet.

Seinen Mitschüler erstochen. Zwei Schüler einer höheren Lehranstalt in Remscheid gerieten wegen eines Drachens in Streit. Dabei zog der eine ein Messer und stieß es seinem Kameraden in die Brust. Der Getroffene wurde schwer verletzt in die elterliche Wohnung gebracht, wo er sehr bald seinen Verletzungen erlag.

Ihre Tochter ertränkt. In Urlau im württembergischen Allgäu hat eine sterbende Frau bekannt, daß sie vor etwa zehn Jahren in Gemeinschaft mit ihrem Mann ihre Tochter ertränkt habe, weil diese ein Verhältnis hatte, das die Eltern nicht billigten.

Zwei Kinder ertrunken. Beim Baden in der Elbe ertranken Mittwoch nachmittag, wie das „Altm. Intell.-Blatt" meldet, die beiden 10 und 11 Jahre alten Töchter des Bürgermeisters Kruse in Werben.

Feuersbrunst. Eine große Feuersbrunst wütete in dem russisch-polnischen Fabrikort Schydlow. Gegen 100 Gebäude sind niedergebrannt.

Ein Fischerboot übergerannt. Nach einer Meldung aus Boulogne-sur-Mer ist das Fischerboot „Saint Pierre" aus Portel Mittwoch von dem holländischen Küstendampfer „Scheffer" angerannt und buchstäblich entzweigeschnitten worden. Von der aus 14 Mann bestehenden Besatzung des Fischerbootes sind sieben Mann ertrunken.

Die amerikanischen Waldbrände. Aus Spokane wird gemeldet: Ein heftiger Schneefall, der in der Umgebung von Missoula (Montana) niederging, hat erheblich zur Eindämmung des Waldbrandes beigetragen. Im Umkreis von Setter Creek wurden die Leichen von zwanzig staatlichen Forstbeamten gefunden. Die von Avery (Idaho) abgegangene Hilfsmannschaft ist an Rauchvergiftung zugrunde gegangen. Man hat ihre Leichen völlig verkohlt aufgefunden. Die Zahl der Opfer im Nordwesten beträgt insgesamt 85.

Eisenbahnunfälle. Aus Brüssel, 23. August, wird zu dem bereits gestern gemeldeten Eisenbahnunglück noch geschrieben: Bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Mecheln ist gestern nacht ein aus Deutschland kommender Sonderzug, der Vergnügungsreisende von Oberammergau nach Antwerpen zurückführen sollte, auf einen Leerzug aufgefahren. Der Zusammenprall war so heftig, daß der Sonderzug mit der Lokomotive und den beiden ersten Wagen sich auf den andern auftürmte. Der Unfall wurde anfangs als unbedeutend hingestellt. Wie jedoch die Blätter melden, ist der Zugführer des Leerzuges getötet und der Lokomotivführer durch Verbrühung schwer verletzt worden. Von den Insassen des Sonderzuges wurden vier verletzt, darunter zwei schwer. Sie wurden in das Mechelner Krankenhaus übergeführt. Die beiden Lokomotiven und die zwei vordersten Wagen der Züge wurden vollständig zerstört. Der Unfall ist, wie es heißt, darauf zurückzuführen, daß dem Sonderzug die Durchfahrt freigegeben wurde, obwohl das Gleis nicht frei war. Der Verkehr war in den frühen Morgenstunden gesperrt, konnte aber am Vormittag eingleisig wieder aufgenommen werden. — Auf der Linie Nisch—Belgrad ist am Dienstag abend der Orient-Expreß bei der Station Korman mit einem Lastzuge zusammengestoßen. Im Orient-Expreß reisten zum Glück nur acht Personen, die mit dem Schrecken davonkamen. Ein Eisenbahnbeamter wurde schwer verletzt. Der Orient-Expreß traf mit sechs Stunden Verspätung in Belgrad ein.

Furchtbares Eisenbahnunglück. Aus Durand (Michigan) wird berichtet: Auf der Grand Trunk Railway ereignete sich in der Nacht auf Donnerstag ein Zusammenstoß, bei dem achtzehn Reisende eines Schlafwagens getötet und zwanzig verletzt wurden. Die Trümmer fingen Feuer, so daß die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verbrannt sind.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 48. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das gleiche Urteil. — Der Kongreß von Kopenhagen. Von K. Kautsky. — Die politische Lage in Dänemark. Von Gustav Bang. — Der Parteitag von Chikago und die Kulifrage. Von Gustav Eckstein. — Parteiverhältnisse und Parteikämpfe in Holland. Von Henriette Roland-Holst. — Notizen: Auch ein Beitrag zur Einwanderungsfrage. Von G. E. — Literarische Rundschau: Eugen v. Philippovich. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im neunzehnten Jahrhundert. Von G. Eckstein.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

MAGGI's Bouillon-Würfel 5 Pfg. allein echt

Sie sparen viel Geld,
wenn Sie statt der teuren Butter
meine Reformbutter kaufen.
(la. Pflanzenmargarine)
Pfd. 80 90 100 Pfg.
Hans Wegener, Obere Wahmstr. 10.

Meiereibutter Pfd. 120 Pf.

Speck, fett u. mager	Pfd.	90 „
Schweizer Käse	„	80 „
Tilsiter Fett-Käse	„	60 „
Guter Käse	„	40 „
9 Stück Eier		60 „
10 Sommerf.-Heringe		45 „

Margarine

1 Pfd.	60, 70, 80 u. 85	Pf.
2 „	115, 135, 155, 165	„
Weinf. Äpfel Pfd. 18, 2 Pfd.	35	„
Große fast. Birnen Pfd.	20	„
Futter-Gerste 10 „	95	„
Futter-Weizen 10 „	115	„

Eduard Speck, Hüxstraße 80 und 82.

Zeitungsmappen.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Allerfeinste
frische Hofbutter Pfd. 1.20 Mk.
empfiehlt
Wilh. Süfke, Warendorpstraße 25.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.
Sonnabend frisch eintreffend: Große Hamburger Schollen, Rotzungen, Schellfische, Kabeljau, Seelachs, Goldbutt.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Weintrauben
in Riesenpartien eingetroffen Pfund 40 und 50 Pfg., in kleinen Kisten a Kiste einfarbig 1.20 Mk., verschiedenfarbig 1.40 Mk.
Eine große Partie blaue Treibhaustrauben, Pfirsiche, Melonen, Pflaumen, Äpfel, Bananen usw.
Tafelbirnen
in allergrößter Auswahl Pfund 20, 25, 30 und 40 Pfg. Kochbirnen Pfund von 8 Pfg. an.
Gurken zum Einlegen
3 Stück 10 und Stück 5 Pfg., gelbe Gurken Pfund 15 und 10 Pfg.
Kartoffeln
feinste hiesige gelbe lange 10 Pfund 35 Pfg., frei Haus 50 Pfund 1.75, 100 Pfund 3.40 Mk. 2. Sorte, wenn vorhanden, bedeutend billiger.
Feinste Eierkartoffeln 10 Pfund 40 Pfg., frei Haus 50 Pfund 2.— Mk., 100 Pfund 3.80 Mk.
Eine Partie Blumenkohl ganz große Köpfe Stück 30, 40 u. 50 Pfg.
Tomaten
extra schön Pfund 20 Pfg., auf dem Transport zerdrückte Pfund 10 Pfg. u. v. m. billigst.
nur Holstenstr. 6. Karl Voss nur Holstenstr. 6.